

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

27. März 2024

19.300 s Kt. Iv. SG. Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 9. Januar 2024 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, in oben genannter Sache eine Vernehmlassung einzureichen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau dankt Ihnen für diese Möglichkeit.

Der Regierungsrat anerkennt, dass jedes ungeklärte Tötungsdelikt, insbesondere für die Angehörigen der Opfer, sehr belastend ist. Deshalb setzen die Strafverfolgungsbehörden alles daran, diese Delikte schnellstmöglich aufzuklären und die Täterschaft zur Rechenschaft zu ziehen. Gleichwohl lehnt der Regierungsrat ab, dass der Tatbestand des Mords als unverjährbar erklärt wird.

Zum einen kann auf die bereits im erläuternden Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Ständerats vom 12. Oktober 2023 genannten Gründe verwiesen werden. Der Regierungsrat teilt die darin geäusserten Standpunkte, wonach mit der Unverjährbarkeit falsche Erwartungen geschürt werden könnten und die Beweisführung mit zunehmendem Zeitablauf trotz allfälliger neuer technischer Möglichkeiten immer schwieriger wird.

Zum anderen ist der Regierungsrat der Auffassung, dass die Unverjährbarkeit von Mord höchstens marginal zur Verbesserung der Aufklärungsquote beitragen wird. Ungeklärte Tötungsdelikte ergeben sich einerseits dann, wenn ein Verdacht gegen eine bestimmte Person besteht, diese jedoch nicht aufgefunden werden kann. Zudem gibt es Fälle, bei denen trotz intensiven Ermittlungen keine Hinweise auf die Täterschaft gewonnen werden können. In beiden Konstellationen würde die Unverjährbarkeit von Mord im Vergleich zur heutigen Verjährung nach 30 Jahren nichts Wesentliches zur Verbesserung der Aufklärungsquote beitragen.

Mord unterscheidet sich zudem deutlich von weiteren Tatbeständen, die gemäss dem geltenden Recht unverjährbar sind. Heute sind dies Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wie etwa Völkermord und Kriegsverbrechen, bei denen Ermittlungen gegen die Täterschaft beispielweise aus politischen Gründen während Jahren oder gar Jahrzehnten nicht geführt werden können und es zudem in der Regel um eine grosse Anzahl von Opfern geht. Bei den ebenfalls unverjährbaren Tatbeständen im Bereich des Sexualstrafrechts, die an Kindern unter zwölf Jahren begangen werden, geht es vielfach um Sachverhalte, von denen die Strafverfolgungsbehörden erst viele Jahre nach den Taten erstmals Kenntnis erhalten. Bei solchen Tatbeständen ist die Unverjährbarkeit im Gegensatz zu Mord sinnvoll.

Für den Regierungsrat erweist es sich sodann als stossend, dass Mord unverjährbar werden soll, andere schwere Straftaten, wie etwa vorsätzliche Tötung oder Vergewaltigung, jedoch weiterhin bereits nach 15 Jahren verjähren, ohne dass sich eine solch markante Differenzierung hinsichtlich der Verjährungsfrist rechtfertigt. Er erachtet es entsprechend als sinnvoller, für alle Verbrechen eine Verjährungsfrist von 30 Jahren zu statuieren.

Die unterschiedlichen Verjährungsfristen von vorsätzlicher Tötung (15 Jahre) und Mord (heute 30 Jahre beziehungsweise zukünftig unverjährbar) sind auch aus einem weiteren Grund problematisch: Sie können dazu führen, dass schlussendlich die gerichtliche Qualifizierung der Tötung darüber entscheidet, ob ein Verfahren wegen Verjährung eingestellt werden muss oder ein Urteil gefällt werden kann. Auch dies spricht aus Sicht des Regierungsrats dafür, dass nicht der Mord für unverjährbar erklärt werden soll, sondern die Verjährungsfristen dieser Tatbestände vereinheitlicht werden sollten.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Dr. Markus Dieth
Landammann



Joana Filippi
Staatschreiberin

Kopie

- info.strafrecht@bj.admin.ch



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
info.strafrecht@bj.admin.ch

Appenzell, 16. April 2024

Vorentwurf zur Änderung des Strafgesetzbuchs und des Militärstrafgesetzes; Parlamentarische Initiative 19.300 «Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher» Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 9. Januar 2024 haben Sie uns in Umsetzung der oben erwähnten parlamentarischen Initiative die Vernehmlassungsunterlagen für eine Änderung des Strafgesetzbuchs und des Militärstrafgesetzes zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie lehnt die Vorlage ab. Nach geltendem Recht verjährt Mord nach 30 Jahren. Unverjährbar sind nach Art. 101 StGB Völkermord (lit. a), Verbrechen gegen die Menschlichkeit (lit. b), Verbrechen, die als Mittel zu Erpressung oder Nötigung Leib und Leben vieler Menschen in Gefahr brachten oder zu bringen drohten (lit. c), sowie sexuelle Handlungen mit Kindern, Vergewaltigung, Nötigung usw. (lit. d). Dieser Katalog zeigt, dass mit Ausnahme von lit. d ausschliesslich Kriegsverbrechen oder besonders schwere Terrorakte unverjährbar sind. In Bezug auf lit. d ist zu berücksichtigen, dass die Tat beim Opfer unter Umständen sehr lange nachwirken kann und sie eher verdrängt als vergessen wird.

Ein Mord hat vor diesem Hintergrund andere Voraussetzungen. Auch wenn der technologische Fortschritt zu massgeblichen Erleichterungen in der Beweisführung führen kann, dürfte dies in der Regel zu einer schnelleren Aufklärung führen und weniger dazu, sehr lange zurückliegende Taten aufzuklären, wie dies im erläuternden Bericht richtig festgehalten wird. Die Zuordnung einer DNA-Spur zu einer bestimmten Person bedeutet nicht automatisch, dass damit die Täterin oder der Täter zweifelsfrei identifiziert oder ein Mord bewiesen ist. Es ist darauf hinzuweisen, dass in einem Strafprozess nicht nur der objektive Tatbestand, also die vorsätzliche Tötung durch besonders skrupelloses Handeln zu beweisen ist. Ebenso muss der subjektive Tatbestand, also Vorsatz oder Eventualvorsatz belegt werden.

Bei einem unverjährbaren Tatbestand, beispielsweise nach 50 Jahren, ist dieser Beweis äusserst schwierig bis unmöglich. Der Vorsatz muss sich bei Mord nicht bloss auf die Tötungshandlung nachweisen lassen, sondern auch auf das besonders skrupellose Handeln, wie Wissen um die übermässige Schmerzzufügung, Wissen um die Arg- oder Wehrlosigkeit des Opfers usw. Mit zunehmender zeitlicher Distanz zur Tat steigt die Gefahr von Justizirrtümern. Dies gilt es in jedem Fall zu vermeiden. Wenn ein Mord bis zu 30 Jahre nach der Tat nicht aufgeklärt werden konnte, ist aus übergeordneter, staatlicher Sicht der mit der Verjährung

bewirkte Rechtsfrieden höher zu gewichten als der - auf subjektiver Ebene verständliche - Vergeltungsanspruch der Hinterbliebenen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'MD', with a large, elegant flourish extending from the bottom right of the signature.

Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat, 9102 Herisau

Kommission für Rechtsfragen des Ständerates
c/o Bundesamt für Justiz
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 27. März 2024

**Vernehmlassung der Kommission für Rechtsfragen des Ständerates; 19.300 s Kt. Iv. SG.
Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher; Stellungnahme des Regierungsrates von
Appenzell Ausserrhoden**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 9. Januar 2024 wurden die Kantonsregierungen von der Kommission für Rechtsfragen des Ständerates eingeladen, sich zur Standesinitiative 19.300 s Kt. Iv. SG. Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher bis 16. April 2024 vernehmen zu lassen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Er lehnt die vorgeschlagene Änderung ab, obwohl die Unverjährbarkeit für Mord gemäss Art. 112 des Strafbuches (StGB; SR 311.0) auf den ersten Blick als sinnvoll erscheint.

Bei den bisherigen Unverjährbarkeitsregelungen für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und bestimmte terroristische Verbrechen stand das Bedürfnis nach Aufarbeitung der Vergangenheit im Vordergrund. Mit der Einführung der Unverjährbarkeit bestimmter Straftaten, die an Kindern unter zwölf Jahren begangen werden, änderte sich dies. Die heutige Situation führt daher zu bedeutenden Widersprüchen, da beispielsweise ein an einem Kind unter zwölf Jahren begangenes Sexualdelikt unverjährbar ist, während die Tötung desselben Kindes verjährt.

Mit zunehmendem Zeitablauf verschlechtern sich die Voraussetzungen für die Erbringung von rechtsstaatlich einwandfreien, zuverlässigen Untersuchungsergebnissen. Das gilt insbesondere in Bezug auf Zeugenaussagen.

Die Einführung der Unverjährbarkeit für Mord wird hauptsächlich mit der Entwicklung im forensischen Bereich, namentlich der DNA-Analyse, begründet. Beim Straftatbestand des Mordes handelt es sich indessen um einen qualifizierten Tatbestand, welcher auf innere Beweggründe zurückgeht, die auch durch neue Technologien kaum beweisbar sind. Es ist daher davon auszugehen, dass nach 30 Jahren wieder aufgenommene Strafver-



fahren in einem Freispruch wegen Verjährung münden, nur weil das Tatbestandselement der «Skrupellosigkeit» nicht nachgewiesen werden kann. Sodann hat auch die Problematik bezüglich Zeugenaussagen Auswirkungen auf die Spurenauswertung durch DNA-Abgleich. Allfällige Treffer bedürfen immer der Verortung im Tatgeschehen. Dabei ist stets auch die Frage zu beantworten, wie die DNA einer Person auf die am Tatort sicher gestellte Spur gelangt ist. Je nach Konstellation oder bei Fehlen weiterer objektiver Beweismittel ist das durch die Einvernahme von Personen abzuklären. Je mehr Zeit vergangen ist, desto unzuverlässiger werden die Zeugenaussagen. Mit zunehmendem Zeitablauf steigt auch hier das Risiko von Aussagen ohne Beweiswert oder gar Falschaussagen und damit auch das Risiko von Fehlurteilen. Der Regierungsrat hat darum gegen die Unverjährbarkeit von Straftaten erhebliche rechtsstaatliche Bedenken.

In der parlamentarischen Diskussion wurde demgegenüber für die Unverjährbarkeit von Mord geltend gemacht, dass die Zeit immer auf der Seite der Opfer stehen müsse. Gelingt es den Strafverfolgungsbehörden, Jahrzehnte nach der Tat eine beschuldigte Person zu ermitteln, und qualifiziert das urteilende Gericht die angeklagte Tötung nicht als Mord, sondern «lediglich» als vorsätzliche Tötung, wird die beschuldigte Person – wie bereits ausgeführt – vom Vorwurf des Mordes freigesprochen. Sofern eventualiter angeklagt, muss das Gericht das Verfahren wegen vorsätzlicher Tötung einstellen. Demzufolge entscheidet die richterliche Qualifikation darüber, ob das Verfahren wegen Verjährung einzustellen ist, oder ein Urteil und somit gegebenenfalls eine mehrjährige, bis hin zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe wegen Mordes ausgefällt werden kann.

Die Verjährungsfrist von 30 Jahren ist aus Sicht der Schweizerischen Staatsanwaltschaftskonferenz (SSK) ausreichend, damit die Justiz ihrem Auftrag nachkommen kann. Der Regierungsrat befürwortet – sollte der Gesetzgeber anderer Auffassung sein – unter Berücksichtigung der eingangs geschilderten rechtsstaatlichen Bedenken die Verankerung einer längeren Verjährungsfrist anstelle der Unverjährbarkeit im Gesetz.

Der Regierungsrat fordert in Bezug auf die Verjährungsproblematik den Fokus auf Folgendes richten:

Gewiss entgeht ein Mörder nach geltendem Recht 30 Jahre nach seiner Tat jeglicher Strafe. Wer eine vorsätzliche Tötung nach Art. 111 StGB begangen hat, kann jedoch bereits nach 15 Jahren nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden. Obwohl es sich in beiden Fällen um eine vorsätzliche Tötung handelt, ist die Verjährungsfrist für Mord doppelt so lang als für eine «einfache» vorsätzliche Tötung. Letztere unterscheidet sich vom Mord jedoch einzig durch die fehlende Skrupellosigkeit bei der Tatbegehung.

Für den Regierungsrat ist die derzeit geltende Verfolgungsverjährungsfrist von 15 Jahren für Verbrechen, namentlich vorsätzliche Tötung und alle anderen besonders schweren Straftaten des Strafgesetzbuches wie Vergewaltigung, gemäss Art. 97 Abs. 1 Bst. b StGB zu kurz.

Der Regierungsrat lehnt aus den genannten Gründen die Einführung der Unverjährbarkeit für Mord ab. Gleichzeitig fordert er, die Fristen der Verfolgungsverjährung für alle schweren Straftaten, somit für Verbrechen, grundsätzlich zu überprüfen. Insbesondere sind die sehr unterschiedlichen Verjährungsfristen für Mord (30 Jahre) und vorsätzliche Tötung (15 Jahre) nicht gerechtfertigt.



Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Ständerat
Kommission für Rechtsfragen

Per E-Mail an:
info.strafrecht@bj.admin.ch

RRB Nr.: 325/2024
Direktion: Direktion für Inneres und Justiz
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

3. April 2024

Vernehmlassung des Bundes: 19.300 s Kt. Iv. SG. Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher **Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Vorentwurf zur Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB; SR 311.0) und des Militärstrafgesetzes (MStG; SR 321.0) betreffend die Unverjährbarkeit von Mord.

1. Grundsätzliches

Der Kanton St. Gallen hat am 7. Januar 2019 eine Standesinitiative eingereicht, welche die Aufhebung der Verjährungsfrist von 30 Jahren für Delikte beantragt, die mit lebenslanger Freiheitsstrafe bedroht sind. Er hat die Standesinitiative insbesondere damit begründet, dass anhand neuer technologischer Hilfsmittel die Aufklärung von Fällen auch Jahre und Jahrzehnte nach der Tat noch möglich sei und dass durch die Aufhebung der Verjährung das Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz gestärkt würde. Mit der Vorlage soll diese Initiative umgesetzt werden.

Der Regierungsrat stimmt der vorgeschlagenen Gesetzesänderung zu. Das öffentliche Interesse des Staates und die Interessen von Angehörigen von Opfern an der Strafverfolgung bei besonders schweren Verbrechen rechtfertigen diese Ausnahme vom Grundsatz der Verjährung für Mord.

2. Anträge

2.1 Antrag

Der Regierungsrat stimmt dem Vorentwurf zur Änderung des StGB und des MStG betreffend die Unverjährbarkeit von Mord zu und beantragt, die Fristen der Verfolgungsverjährung für alle schweren Straftaten (Verbrechen) grundsätzlich zu überprüfen, gegebenenfalls zu verlängern und aufeinander abzustimmen.

2.2 Begründung

Die Verjährungsfristen erscheinen mit Blick auf die technologischen und kriminologischen Entwicklungen sowie mit Blick auf das in der Bevölkerung bestehende Strafbedürfnis als zu kurz und nicht mehr zeitgemäss. Sie sollten generell überprüft und erhöht werden. Eine Stossrichtung, die im Übrigen auch von der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) in ihrer Vernehmlassungseingabe gefordert wird.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates



Philippe Müller
Regierungspräsident



Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler

- Direktion für Inneres und Justiz
- Sicherheitsdirektion
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
- Justizverwaltungsleitung

Regierungsrat, Kasernenstrasse 31, 4410 Liestal

Kommission für Rechtsfragen
des Ständerates

info.strafrecht@bj.admin.ch

Liestal, 12. März 2024

**Vernehmlassung betreffend Umsetzung der Standesinitiative 19.300;
Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher**

Sehr geehrter Herr Präsident

Besten Dank für die Gelegenheit zur Meinungsäusserung.

Wir lehnen die vorgeschlagene Gesetzesänderung ab. Wir möchten am Grundsatz der Verjährung – auch bei Mord - festhalten.

Gründe für die Verjährung sind, dass:

- der bezweckte Schuldausgleich nicht mehr möglich ist, da sich der Täter mit Zeitablauf verändert, sodass die spezialpräventive Funktion der Strafe nicht mehr greifen kann;
- sich das Vergeltungsbedürfnis der Allgemeinheit mit der Zeit vermindert;
- die Störung des Rechtsfriedens mit zunehmendem Zeitablauf abnimmt;
- mit zunehmendem Zeitablauf die Durchführung eines Strafverfahrens immer schwieriger wird, da der massgebliche Sachverhalt nicht (mehr) vollständig und rechtsgenügend nachgewiesen werden kann.

Verjährungsfristen entlasten ausserdem den Strafverfolgungsapparat, was mit Blick auf beschränkte Ressourcen zur Aufklärung neuer Straftaten essentiell ist.

Keine Verjährung gilt im schweizerischen Strafgesetzbuch nur bei Straftatbeständen, welche im Zusammenhang mit dem Römer Statut stehen (Völkermord und weitere Kriegsverbrechen) sowie bei sexuellen Übergriffen bei Kindern unter 12 Jahren. Die Abweichung vom Prinzip der Verjährbarkeit begründet sich in diesen Fällen mit dem internationalen Recht und in der besonderen Schutzbedürftigkeit junger Opfer sexueller Gewalt. Wir befürchten, dass mit der Aufhebung der Verjährungsfrist beim Mordtatbestand eine «dritte Kategorie» von Ausnahmen geschaffen werden könnte, was die Gefahr birgt, Tür und Tor für weitere Durchbrechungen zu schaffen.

Heute beträgt die Verjährungsfrist bei Straftaten mit einer lebenslangen Strafandrohung 30 Jahre. Sie ist damit mindestens doppelt so hoch wie die Verjährungsfristen aller anderen Straftatbestände

mit geringeren Strafandrohungen. Damit wird der Schwere der begangenen Straftat resp. dem Verschulden, welches einem Mord zugrunde liegt, bereits Rechnung getragen.

In der Schweiz sind wir in der glücklichen Lage, dass nur sehr wenige Mordfälle ungeklärt bleiben. Im Kanton Basel-Landschaft gibt es seit 1998 insgesamt 10 ungeklärte versuchte und vollendete vorsätzliche Tötungsdelikte (Stand 30. Januar 2024), wobei die Polizei nicht unterscheidet, ob es sich um vorsätzliche Tötungsdelikte oder Morde handelt, da die Qualifikation des Tathandelns der richterlichen Würdigung obliegt. Die neue Unverjährbarkeit käme nur sehr selten, z.B. bei Zufallsfunden zur Anwendung. Das Konzept der Verjährbarkeit aufgrund derart weniger Fälle in Frage zu stellen, lehnen wir ab.

Wir möchten auch darauf hinweisen, dass nicht nur die Schwierigkeit der Beweisführung in Mordfällen nach mehr als 30 Jahren zunimmt, sondern, dass es auch möglich wäre, dass das Gericht eine Straftat schlussendlich doch nicht als «Mord», sondern als «Totschlag» oder «vorsätzliche Tötung» qualifizieren würde. Trotz aller Bemühungen nach über 30 Jahren wären diese Taten weiterhin bereits nach 15 Jahren verjährt.

Wir sind hingegen der Auffassung, dass die unterschiedlichen Verjährungsfristen für Mord (30 Jahre) und vorsätzliche Tötung (15 Jahre) nicht gerechtfertigt sind, weil sich der Mord nur durch die Qualifikation der besonderen Skrupellosigkeit in der Tatbegehung von der vorsätzlichen Tötung unterscheidet. Aus diesem Grund regen wir an, die Fristen der Verfolgungsverjährung für alle schweren Straftaten generell zu überprüfen.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und hoffen, dass Sie die Gesetzesänderung noch einmal überdenken und am Grundsatz der Verjährung – auch bei Mord - festhalten. Wir regen an, stattdessen die Fristen der Verfolgungsverjährung für alle schweren Straftaten zu überprüfen.

Hochachtungsvoll



Monica Gschwind
Regierungspräsidentin



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Bundesamt für Justiz

Per E-Mail an:
info.strafrecht@bj.admin.ch

Basel, 26. März 2024

Regierungsratsbeschluss vom 26. März 2024

Standesinitiative: Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher; *Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt*

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 9. Januar 2024 hat uns der Präsident der Kommission für Rechtsfragen des Ständerates den Vorentwurf zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes zur Vernehmlassung zugestellt. Der Kanton Basel-Stadt bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Auch wenn aus gesellschaftlichen Gründen die Unverjährbarkeit von schweren Delikten wie Mord auf den ersten Blick begrüssenswert erscheinen mag, lehnt der Kanton Basel-Stadt die beantragten Änderungen des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzbuches ab. Wir teilen die bereits in den Rechtskommissionen des Nationalrats und des Ständerats erhobenen Bedenken, die für den Kanton Basel-Stadt letztlich überwiegen: Einerseits können falsche Erwartungshaltungen seitens Opfer oder der Angehörige entstehen. Andererseits ist die Beweisführung umso schwieriger und die Gefahr von Fehlern umso grösser, je mehr Zeit vergangen ist. Die Frist von 30 Jahren erscheint ausreichend, damit die Justiz ihrem Auftrag nachkommen kann.

Ein Mörder entgeht nach geltendem Recht erst 30 Jahre nach seiner Tat jeglicher Strafe. Wer eine vorsätzliche Tötung nach Art. 111 StGB begangen hat, kann stattdessen bereits nach 15 Jahren nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden. Obwohl es sich in beiden Fällen um eine vorsätzliche Tötung handelt, ist die Verjährungsfrist für Mord doppelt so lang, wie für eine vorsätzliche Tötung. Letztere unterscheidet sich vom Mord einzig durch die fehlende Skrupellosigkeit bei der Tatbegehung. Anstatt die Unverjährbarkeit für Mord einzuführen, regt der Kanton Basel-Stadt an, die Fristen der Verfolgungsverjährung für alle schweren Straftaten (Verbrechen), grundsätzlich zu überprüfen. Insbesondere sind die sehr unterschiedlichen Verjährungsfristen für Mord und vorsätzliche Tötung nicht gerechtfertigt.

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Conradin Cramer
Regierungsrat



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat
Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

T +41 26 305 10 40
www.fr.ch/ce

PAR COURRIEL

Conseil des Etats
Commission des affaires juridiques
3003 Berne

Courriel : info.strafrecht@bj.admin.ch

Fribourg, le 26 mars 2024

2024-321

Avant-projet de loi fédérale sur l'imprescriptibilité de l'assassinat

Monsieur le Président,

Par courrier du 9 janvier 2024, vous nous avez consultés sur l'objet cité en titre, et nous vous remercions. Nous nous déterminons comme suit.

Nous estimons que le projet est, pour l'heure, inabouti pour les motifs suivants :

- > De prime abord, les avancées scientifiques, principalement en matière d'analyse ADN, plaideraient certes en faveur de l'imprescriptibilité de l'assassinat. Toutefois, ces preuves scientifiques ne suffisent pas pour retenir un crime selon l'article 112 du code pénal (code pénal suisse ; RS 311.0 ; CP) qui n'est d'ailleurs que l'une des formes de l'homicide intentionnel. C'est oublier en effet que, pour aboutir à un jugement de condamnation pour ce crime qualifié, d'autres éléments, et notamment l'audition de témoins, devraient fonder l'« absence particulière de scrupules ». Compte tenu de l'écoulement du temps, il existerait dès lors un réel risque que les témoignages soient peu ou pas fiables, voire que de faux témoignages conduisent à des erreurs judiciaires.
- > Le code pénal prévoit une prescription de 15 ans pour le meurtre (art. 111 et 97 al. 1 let. b CP) ou pour le meurtre passionnel (art. 113 CP). Le risque existe de placer longuement en détention un prévenu d'assassinat, pour lequel « seul » le meurtre, voire le meurtre passionnel, sera retenu. Cela impliquera de constater la prescription de l'action pénale et induirait une indemnisation du prévenu. Il est ainsi souhaitable qu'une réflexion plus globale ait lieu concernant la prescription de l'action pénale, notamment en raison du fait que les délais ne sont plus en adéquation avec l'espérance de vie et avec les progrès scientifiques. A tout le moins, si l'imprescriptibilité devait être envisagée pour les crimes de sang, il conviendrait d'y inclure les infractions des articles 111 et 113 CP.

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de nous exprimer dans le cadre de cette consultation et vous prions de croire, Monsieur le Président, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-Pierre Siggen, Président



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

L'original de ce document est établi en version électronique

Copie

—

à la Direction de la sécurité, de la justice et du sport, pour elle et le Service de la justice ;
au Ministère public ;
à la Chancellerie d'Etat.



Le Conseil d'Etat

1408-2024

Conseil des Etats
Commission des affaires juridiques
Monsieur Daniel Jositsch
Président
3003 Berne

Concerne : consultation relative à l'initiative 19.300 é Iv.ct. SG. Pas de prescription pour les crimes les plus graves

Monsieur le Président,

La République et canton de Genève vous remercie de l'avoir consultée concernant l'avant-projet de loi fédérale sur l'imprescriptibilité de l'assassinat, qui vise à ajouter l'assassinat (art. 112 CP) à la liste des infractions imprescriptibles (art. 101 CP).

Après consultation du Pouvoir judiciaire, notre Conseil relève que l'imprescriptibilité s'applique en principe aux infractions collectives. En effet, initialement, le droit suisse ne connaissait pas la notion d'imprescriptibilité. Ce sont les développements du droit international qui ont conduit à rendre imprescriptibles le génocide, les crimes contre l'humanité, les crimes de guerre et certains crimes terroristes. Puis se sont ajoutés, suite à l'adoption d'une initiative populaire, diverses infractions commises à l'encontre d'enfants de moins de 12 ans.

L'introduction de l'imprescriptibilité de certaines infractions commises à l'encontre des jeunes enfants a conduit à déséquilibrer le système. Là où seules certaines infractions d'une gravité particulière commises à l'encontre d'un grand nombre de victimes étaient imprescriptibles, le législateur a été tenu de rendre imprescriptibles des infractions certes graves, mais dont la gravité n'est pas comparable avec le génocide, les crimes contre l'humanité ou les crimes de guerre. De surcroît, il en est résulté des incohérences, en ce sens qu'une infraction sexuelle commise sur un jeune enfant est imprescriptible, tandis que le meurtre de ce même enfant ne l'est pas.

Par ailleurs, le délai de prescription devrait également tenir compte de la difficulté d'instruire dans de bonnes conditions des infractions commises plusieurs décennies auparavant sachant que plus le temps s'écoule, moins les témoignages sont fiables et plus le risque d'erreur augmente.

S'agissant de l'assassinat, rien n'indique que de nombreux criminels auraient échappé à toute sanction en raison de la prescription. Le délai de 30 ans paraît suffisant pour permettre à la justice de s'exercer dans de bonnes conditions. Si l'on devait être d'un avis contraire, il faudrait alors envisager d'augmenter la durée de la prescription, sans toutefois rendre l'assassinat imprescriptible.

Cela étant, en matière d'homicides, deux difficultés se posent aujourd'hui, que l'avant-projet ne résout en rien. La première, c'est la distinction qui est faite entre le meurtre (art. 111 CP, délai de prescription de 15 ans) et l'assassinat. On passe du simple au double, alors qu'il s'agit dans les deux cas d'un homicide volontaire. Et c'est une circonstance aggravante, soit l'absence particulière de scrupules, qui fait la différence. Lorsque l'auteur d'un homicide est identifié tardivement et ne peut être jugé dans les 15 ans qui suivent son acte, c'est donc une subtile appréciation de l'autorité de jugement qui aboutira soit au classement de la procédure, soit au prononcé d'une peine pouvant aller jusqu'à la privation de liberté à vie. Avec le risque évident que la circonstance aggravante soit plus facilement retenue une fois la prescription du meurtre acquise ou au contraire que le prévenu ressorte libre du tribunal (où le Ministère public, dans le doute, aura été tenu de le déférer après instruction) au seul motif que la prescription est acquise, ce qui n'est guère plus satisfaisant. L'autre difficulté, c'est que le délai de prescription du meurtre, soit 15 ans, est aujourd'hui beaucoup trop bref, eu égard à l'évolution de la technique en matière de moyens de preuve, notamment en matière d'ADN. Si les auteurs de l'avant-projet estiment choquant que l'assassin échappe à toute sanction 30 ans après son acte, que faut-il penser du meurtrier pour qui cette aubaine survient après 15 ans ? Pour cette infraction, et pour d'autres infractions particulièrement graves du code pénal, telles que le viol, le délai de prescription actuellement en vigueur pour les crimes (art. 97 al. 1 let. b CP) est trop court.

Par conséquent, notre Conseil n'est pas favorable à l'introduction de l'imprescriptibilité de l'assassinat. Il plaide en revanche pour un réexamen des délais de prescription de toutes les infractions graves, l'actuel délai de 15 ans n'étant par exemple plus adapté pour les infractions telles que le meurtre ou le viol et la grande différence entre les délais de prescription du meurtre et de l'assassinat ne se justifie pas.

En vous remerciant de l'attention que vous voudrez bien prêter aux présentes observations, nous vous prions de croire, Monsieur le Président, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :


Michèle Righetti-El Zayadi

Le président :


Antonio Hodgers

Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern

Glarus, 2. April 2024
Unsere Ref: 2024-7

Vernehmlassung 19.300 s Kt. Iv. SG. Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Die Standesinitiative verlangt, dass für Schwerstverbrecher keine Verjährungsfristen gelten sollen. Die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates legt einen Vorentwurf zur Unverjährbarkeit von Mord vor, da die Unverjährbarkeit nicht für alle Delikte des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes mit der Strafdrohung «lebenslang» gelten soll. Im Vordergrund soll damit klarerweise der Mord stehen.

Zur Unverjährbarkeit von Straftaten ist grundsätzlich anzumerken, dass mit zunehmendem Zeitablauf das Bedürfnis nach staatlichem Ausgleich für das geschehene Unrecht abnimmt und sich die Voraussetzungen zunehmend verschlechtern, unter denen zuverlässige Untersuchungsergebnisse rechtsstaatlich einwandfrei erbracht werden können. Im Weiteren wird die Einführung der Unverjährbarkeit für Mord hauptsächlich mit der Entwicklung im forensischen Bereich, namentlich der DNA-Analyse, begründet. Beim Straftatbestand des Mordes kommt aber hinzu, dass es sich um einen qualifizierten Straftatbestand handelt, welcher auf innere Beweggründe zurückgeht, die auch mit neuen Technologien kaum beweisbar sein werden. Es gibt zudem keine belastbaren Hinweise darauf, dass viele Straftäter beim Vorliegen eines Mordes aufgrund der Verjährung nicht mehr hätten belangt werden können. Die Frist von 30 Jahren ist demzufolge als zureichend zu qualifizieren, damit die Justiz ihrem Auftrag nachkommen kann.

Den gemachten Ausführungen zufolge, lehnen wir daher die Vorlage ab. Weitergehend verweisen wir auf die Ausführungen der Stellungnahme der SSK vom 5. März 2024.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat


Benjamin Mühlemann
Landammann


Arpad Baranyi
Ratsschreiber

Beilage:

- Stellungnahme SSK vom 5. März 2024

E-Mail an (PDF- und Word-Version):

- info.strafrecht@bj.admin.ch

SSK | CMP

Schweizerische Staatsanwaltschaftskonferenz SSK
Conférence suisse des Ministères publics CMP
Conferenza svizzera dei Ministeri pubblici CMP

An die
Kommission für Rechtsfragen des
Ständerats

Per E-Mail:
info.strafrecht@bj.admin.ch

Bern, 5. März 2023

Vernehmlassung zur Umsetzung der Standesinitiative SG 19.300 «Keine Verjährung für Schwerstverbrecher»

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 9. Januar 2024 haben Sie unsere Konferenz eingeladen, zur Umsetzung obgenannter Standesinitiative Stellung zu nehmen. Dafür danken wir Ihnen herzlich.

Bis vor geraumer Zeit war die Unverjährbarkeit dem schweizerischen Strafrecht fremd. Der Hauptgrund für die Verjährung liegt in der Natur des Strafrechtes: Auch die härteste Strafe kann geschehenes Unrecht nicht ungeschehen machen. Sie stellt höchstens einen Ausgleich zu schuldhaftem Verhalten der Täterin oder des Täters dar. Mit der Verjährung bringt der Gesetzgeber zum Ausdruck, dass dieses gesellschaftliche Bedürfnis nach staatlichem Ausgleich und Strafe mit der Zeit nachlässt.

Erst durch Entwicklungen im internationalen Recht wurde die Unverjährbarkeit für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und bestimmte terroristische Verbrechen eingeführt, also für besonders schwere Straftaten, die in der Regel gegen eine Vielzahl von Personen begangen werden und einen terroristischen oder kriegerischen Hintergrund haben (vgl. Art. 101 Abs. 1 Bst. a – d StGB). Bei der Unverjährbarkeit solcher Straftaten steht das Bedürfnis nach Aufarbeitung der Vergangenheit im Vordergrund.

Mit der Einführung der Unverjährbarkeit bestimmter Straftaten, die an Kindern unter 12 Jahren begangen werden, wurde dieser Grundsatz durchbrochen und das System der Verjährung aufgeweicht. Die heutige Situation führt daher zu bedeutenden Widersprüchen, da beispielsweise ein an einem Kind unter 12 Jahren begangenes Sexualdelikt unverjährbar ist, während die Tötung desselben Kindes verjährt.

Generalsekretariat SSK
Secrétariat général CMP
Segretariato generale CMP

Speichergasse 6, 3001 Bern
+41 (0)31 301 01 50
info@ssk-cmp.ch

SSK | CMP

Schweizerische Staatsanwaltschaftskonferenz SSK
Conférence suisse des Ministères publics CMP
Conferenza svizzera dei Ministeri pubblici CMP

Obwohl die Unverjährbarkeit für Mord gemäss Art. 112 StGB auf den ersten Blick sinnvoll erscheint, lehnt die SSK die vorgeschlagene Änderung ab.

Zur Unverjährbarkeit von Straftaten ist grundsätzlich anzumerken, dass mit zunehmendem Zeitablauf das Bedürfnis nach staatlichem Ausgleich für das geschehene Unrecht abnimmt und sich die Voraussetzungen zunehmend verschlechtern, unter denen zuverlässige Untersuchungsergebnisse rechtsstaatlich einwandfrei erbracht werden können. Das gilt insbesondere in Bezug auf Zeugenaussagen, da deren Verlässlichkeit durch Zeitablauf erheblich leidet¹.

Die Einführung der Unverjährbarkeit für Mord wird hauptsächlich mit der Entwicklung im forensischen Bereich, namentlich der DNA-Analyse, begründet. Beim Straftatbestand des Mordes kommt indessen hinzu, dass es sich um einen qualifizierten Tatbestand handelt, welcher auf innere Beweggründe zurückgeht, die auch durch neue Technologien kaum beweisbar sind. Es ist deshalb davon auszugehen, dass nach 30 Jahren wieder aufgenommene Strafverfahren in einem Freispruch wegen Verjährung münden, nur weil das Tatbestandselement der «Skrupellosigkeit» nicht nachgewiesen werden kann. Auch die Problematik bezüglich Zeugenaussagen spielt in die Spurenauswertung durch DNA-Abgleich hinein: Allfällige Treffer bedürfen immer der Verortung im Tatgeschehen. Dabei ist stets auch die Frage zu beantworten, wie die DNA einer Person auf die am Tatort sichergestellte Spur gelangt ist. Dies ist je nach Konstellation oder bei Fehlen weiterer objektiver Beweismittel durch die Einvernahme von Personen abzuklären. Je mehr Zeit vergangen ist, desto unzuverlässiger werden jedoch die Zeugenaussagen. Mit anderen Worten steigt auch hier mit zunehmendem Zeitablauf das Risiko von Aussagen ohne Beweiswert oder gar Falschaussagen und damit auch das Risiko von Fehlurteilen, weshalb wie einleitend festgehalten gegen die Unverjährbarkeit von Straftaten erhebliche rechtsstaatliche Bedenken bestehen.

Demgegenüber wurde in der parlamentarischen Diskussion für die Unverjährbarkeit von Mord geltend gemacht, dass die Zeit immer auf der Seite der Opfer stehen müsse. Gelingt es jedoch den Strafverfolgungsbehörden Jahrzehnte nach der Tat eine beschuldigte Person zu ermitteln, das urteilende Gericht qualifiziert indessen die angeklagte Tötung nicht als Mord, sondern «lediglich» als vorsätzliche Tötung, wird die beschuldigte Person wie bereits oben erwähnt vom Vorwurf des Mordes freigesprochen. Sofern eventualiter angeklagt, muss das Gericht das Verfahren wegen vorsätzlicher Tötung einstellen. Letztlich entscheidet mit anderen Worten stets die richterliche Qualifikation darüber, ob das Verfahren wegen Verjährung einzustellen ist, oder aber ein Urteil und gegebenenfalls eine mehrjährige, bis hin zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe wegen Mordes ausgefällt werden kann.

Was den Mord betrifft, so gibt es keine belastbaren Hinweise darauf, dass viele Straftäter aufgrund der Verjährung nicht mehr belangt werden konnten. Die Frist von 30 Jahren ist aus Sicht der Praxis ausreichend, damit die Justiz ihrem Auftrag nachkommen kann. Sollte der Gesetzgeber anderer Auffassung sein, dann müsste man unter Berücksichtigung der eingangs geschilderten rechtsstaatlichen Bedenken für Mord nicht auf die Unverjährbarkeit setzen, sondern eine längere Verjährungsfrist im Gesetz verankern.

¹ Ludewig Revital/Baumer Sonja/Tavor Daphna (Hrsg) - Aussagepsychologie für die Rechtspraxis - Zwischen Wahrheit und Lüge, Dike Verlag Zürich/St. Gallen

SSK | CMP

Schweizerische Staatsanwaltschaftskonferenz SSK
Conférence suisse des Ministères publics CMP
Conferenza svizzera dei Ministeri pubblici CMP

Bezüglich der Verjährungsproblematik sollte sich der Fokus aus Sicht der SSK denn auch auf Folgendes richten:

Gewiss entgeht ein Mörder nach geltendem Recht 30 Jahre nach seiner Tat jeglicher Strafe. Wer eine vorsätzliche Tötung nach Art. 111 StGB begangen hat, kann jedoch bereits nach 15 Jahren nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden. Obwohl es sich in beiden Fällen um eine vorsätzliche Tötung handelt, ist die Verjährungsfrist für Mord doppelt so lang, wie für eine einfache vorsätzliche Tötung. Letztere unterscheidet sich vom Mord jedoch einzig durch die fehlende Skrupellosigkeit bei der Tatbegehung.

Für vorsätzliche Tötung und für alle anderen besonders schweren Straftaten des Strafgesetzbuches wie Vergewaltigung ist aus Sicht der SSK die derzeit geltende Verfolgungsverjährungsfrist von 15 Jahren für Verbrechen gemäss Art. 97 Abs. 1 Bst. b StGB zu kurz.

Statt die Unverjährbarkeit für Mord einzuführen, regen wir an, die Fristen der Verfolgungsverjährung für alle schweren Straftaten, d.h. für Verbrechen, grundsätzlich zu überprüfen. Insbesondere sind die sehr unterschiedlichen Verjährungsfristen für Mord (30 Jahre) und vorsätzliche Tötung (15 Jahre) nicht gerechtfertigt.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir bestens.

Mit freundlichen Grüssen



Michel-André Fels, Präsident

Kopie geht an:

Mitglieder SSK-CMP
Generalsekretariat KKJPD
Generalsekretariat KKPXS

Generalsekretariat SSK
Secrétariat général CMP
Segretariato generale CMP

Speichergasse 6, 3001 Bern
+41 (0)31 301 01 50
info@ssk-cmp.ch



Sitzung vom

2. April 2024

Mitgeteilt den

3. April 2024

Protokoll Nr.

281/2024

Kommission für Rechtsfragen des Ständerats
z.H. Herrn Ständerat Daniel Jositsch
Präsident der RK-S
3003 Bern

Per E-Mail: info.strafrecht@bj.admin.ch

Vernehmlassung RK - 19.300 Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Präsident der Kommission für Rechtsfragen des Ständerats
Sehr geehrte Damen und Herren Ständeräte
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 9. Januar 2024 haben Sie dem Kanton Graubünden die Möglichkeit eingeräumt, bis am 16. April 2024 zur parlamentarischen Initiative "Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher" Stellung zu nehmen. Dafür bedanken wir uns bestens.

Die parlamentarische Initiative "Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher" soll umgesetzt werden, indem der Mord im Strafgesetzbuch und im Militärstrafgesetz in den Katalog der unverjährbaren Straftaten aufgenommen werden. Diese Änderungen lehnen wir ab, vor allem, weil es schwierig ist, Straftaten, die vor Jahrzehnten verübt wurden, unter rechtsstaatlich einwandfreien Voraussetzungen zu untersuchen. Stattdessen wäre nach unserer Beurteilung zu prüfen, ob die Verfolgungsverjährung für alle schweren Straftaten, d.h. für Verbrechen, verlängert werden soll. Problematisch erscheinen uns insbesondere die sehr unterschiedlichen Verjährungsfristen für Mord (30 Jahre) und vorsätzliche Tötung (15 Jahre).

Im Übrigen schliessen wir uns der Stellungnahme der Konferenz der Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) vom 12. Februar 2024 an.

Für die wohlwollende Prüfung unser Anliegen bedanken wir uns bestens.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Der Kanzleidirektor:

Dr. Jon Domenic Parolini

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Conseil des États
Commission des affaires juridiques
Par son Président
3003 Berne

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Par courriel à info.strafrecht@bj.admin.ch
(en formats Word et PDF)

Delémont, le 19 mars 2024

19.300 é lv. ct. SG. Pas de prescription pour les crimes les plus graves

Monsieur le Président,

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura vous remercie de l'avoir consulté sur l'objet susmentionné.

Il est favorable à l'inscription de l'assassinat dans la liste des crimes imprescriptibles au sens de l'article 101 du Code pénal suisse. L'avant-projet de loi fédérale sur l'imprescriptibilité de l'assassinat ainsi que le rapport explicatif n'appellent pas de commentaire particulier de sa part.

Le Gouvernement vous prie de croire, Monsieur le Président, à l'assurance de sa parfaite considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Rosalie Beuret Siess
Présidente




Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'État

Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
jsdds@lu.ch
www.lu.ch

Kommission für Rechtsfragen
des Ständerates

per E-Mail
info.strafrecht@bj.admin.ch

Luzern, 16. April 2024

Protokoll-Nr.: 393

19.300 s Kt. Iv. SG. Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher

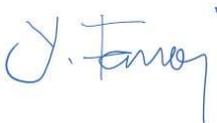
Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 9. Januar 2024 haben Sie die Kantonsregierungen im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zum Vorentwurf für eine Änderung des Strafgesetzbuches (StGB) und des Militärstrafgesetzes (MStG) Stellung zu nehmen. Im Namen und Auftrag des Regierungsrates danken wir Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns dazu wie folgt:

Bei einem derart schweren Kapitalverbrechen, wie es Mord ist, nehmen die materiellrechtlichen Gründe für die Bestrafung mit Ablauf der Zeit nicht ab. Das Interesse der Opferangehörigen an Aufklärung eines sie betreffenden Morddeliktes und Bestrafung der Täterschaft dauert all die Jahre nach der Tat unvermindert an. Die Verjährung dieses Kapitalverbrechens lässt sich sowohl gegenüber den Opfern als auch gegenüber der Bevölkerung schwer rechtfertigen. Die gilt umso mehr, als es technologische Fortschritte wie insbesondere die DNA-Analyse mittlerweile ermöglichen, Delikte auch Jahrzehnte nach der Tat aufzuklären.

Vor diesem Hintergrund begrüssen wir, dass bei Mord (Art. 112 StGB und Art. 116 MStG) – abgesehen vom Jugendstrafrecht – keine Verjährung mehr eintreten soll. Die wortgetreue Umsetzung des eingereichten Textes der Standesinitiative, der eine Ausweitung der Unverjährbarkeit auf weitere Straftatbestände bedeuten würde, lehnen wir ab.

Freundliche Grüsse



Ylfete Fanaj
Regierungsrätin

Gasser Annemarie BJ

Von: Gasser Annemarie BJ
Gesendet: Dienstag, 30. April 2024 07:48
An: Gasser Annemarie BJ
Betreff: Vernehmlassung der RK-S zur Umsetzung der pa. Iv. 19.300 "Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher"

Von: Secrétariat général du DESC <Secretariat.DESC@ne.ch>
Gesendet: Dienstag, 23. April 2024 14:11
An: Gasser Annemarie BJ <annemarie.gasser@bj.admin.ch>
Cc: Schneider Niklaus BJ <klaus.schneider@bj.admin.ch>; Peter Simone PARL INT <Simone.Peter@parl.admin.ch>
Betreff: RE: Vernehmlassung der RK-S zur Umsetzung der pa. Iv. 19.300 "Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher"

Chère Madame,

Votre courriel du 18 avril dernier, adressé à la Chancellerie d'État, nous est bien parvenu et nous vous en remercions.

En préambule, nous vous prions de bien vouloir nous excuser de n'avoir pas répondu à la consultation précitée, qui n'est pas du tout dans les habitudes du Canton de Neuchâtel.

Ceci étant, et dès lors que le Canton de Neuchâtel n'est pas spécifiquement touché par cette thématique, nous renonçons à prendre position.

Tout en vous réitérant nos sincères regrets pour ce manquement, nous vous prions de croire, chère Madame, à l'expression de notre considération distinguée.

Jacqueline Durand

Assistante de direction et responsable financière adjointe



RÉPUBLIQUE ET CANTON DE NEUCHÂTEL

Département de l'économie, de la sécurité et de la culture
Secrétariat général du DESC

Château
2001 Neuchâtel

T +41 32 889 61 00 ou +41 32 889 41 75 (ligne directe)
F +41 32 889 60 64



CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Kommission für Rechtsfragen
Präsident Daniel Jositsch
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 26. März 2024

19.300 s Kt. Iv. SG: Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher. Vernehmlassung zur Änderung des Strafgesetzbuches und Militärstrafgesetzes. Stellungnahme Kanton Nidwalden

Sehr geehrte Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 9. Januar 2024 eröffnete die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates bei den Kantonen das Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes bezüglich Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher. Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Der Kanton Nidwalden lehnt die vorgeschlagene Gesetzesänderung ab und spricht sich dagegen aus, Mord als unverjährbaren Straftatbestand in das Strafgesetzbuch und das Militärstrafgesetz aufzunehmen.

Bislang war die Unverjährbarkeit von Straftaten im Schweizer Strafrecht nicht vorgesehen. Die Begründung hierfür liegt im Wesen des Strafrechts selbst: Keine Strafe kann das geschehene Unrecht ungeschehen machen, sie dient lediglich als Sühne für schuldhaftes Verhalten. Die Verjährung verdeutlicht, dass das Bedürfnis nach staatlicher Sühne und Strafe im Laufe der Zeit abnimmt. Zudem sprechen praktische Gründe für eine Verjährung: Je mehr Zeit vergeht, desto schwieriger wird es, einen Sachverhalt zu rekonstruieren, was eine rechtsstaatliche Strafverfolgung, bei der nur zweifelsfrei nachgewiesene Schuld zur Verurteilung führt, erschwert.

Die Komplexität erhöht sich bei der Gegenüberstellung von unverjährbaren und verjährbaren Delikten. Durch internationale Rechtsentwicklungen wurden Verbrechen wie Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und bestimmte terroristische Akte unverjährbar. Hinzu kamen durch eine Volksinitiative Straftaten an Kindern unter 12 Jahren.

Die Einbeziehung spezifischer Straftaten an Kindern unter 12 Jahren in die Unverjährbarkeit führt jedoch zu einem Ungleichgewicht, da internationale Regelungen üblicherweise auf Verbrechen abzielen, die viele Opfer betreffen – im Gegensatz zu den genannten Straftaten gegen einzelne Kinder. Dies führt zu erheblichen Widersprüchen im System, etwa dass sexuelle Vergehen an einem Kind unverjährbar sind, die Tötung desselben Kindes jedoch verjährt.

Obwohl es aus Sicht von Angehörigen von Opfer aus verständlichen Gründen wünschenswert erscheinen könnte, Mord als unverjährbar einzustufen, lehnt der Kanton Nidwalden diese Änderung aber ab. Wie bereits ausgeführt, erscheint es nicht zielführend, Taten, die vor Jahrzehnten begangen wurden, unter rechtsstaatlich einwandfreien Voraussetzungen zu untersuchen, da mit der Zeit die Zuverlässigkeit von Zeugenaussagen abnimmt und die Beweislage schwieriger wird.

Bezüglich Mordes zeigen Erfahrungen, dass Straftäter selten durch Verjährung Straffreiheit erlangen. Die derzeitige 30-jährige Frist scheint ausreichend für eine effektive Justizarbeit. Sollten dennoch Bedenken bestehen, wäre allenfalls eine Verlängerung der Verjährungsfrist angebracht als eine vollständige Abschaffung der Verjährung für Mord.

Der Entwurf bietet zudem keine Lösung für die unterschiedliche Handhabung der Verjährung zwischen vorsätzlicher Tötung und Mord, obwohl beide Delikte vorsätzliche Tötungen darstellen. Die momentane Regelung, dass eine vorsätzliche Tötung nach 15 Jahren verjährt, erscheint angesichts der Fortschritte in der Forensik, insbesondere der DNA-Analyse, als zu kurz.

Zusammenfassend lehnt der Kanton Nidwalden die Unverjährbarkeit von Mord ab und plädiert stattdessen für eine Überprüfung der Verjährungsfristen für alle schweren Straftaten. Die aktuellen 15-Jahres-Fristen für besonders schwere Verbrechen, einschliesslich bestimmter Tötungsdelikte und Vergewaltigungen, erscheinen nicht mehr angemessen. Insbesondere die unterschiedlichen Fristen für Mord und vorsätzliche Tötung bedürfen einer Neubewertung.

Für die Berücksichtigung unserer Anmerkungen danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Michèle Blöchlinger
Landammann



lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:

- info.strafrecht@bj.admin.ch



CH-6060 Sarnen, Enetriederstrasse 1, SSD

Kommission für Rechtsfragen
des Ständerats

per Mail an:

info.strafrecht@bj.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.4841
Unser Zeichen: ks

Sarnen, 18. April 2024

**19.300 s Kt. Iv. SG. Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher;
Stellungnahme.**

Sehr geehrter Herr Präsident

Für die Einladung zur Vernehmlassung zur Umsetzung der genannten Standesinitiative „Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher“ danken wir Ihnen.

Wir stellen fest, dass der Handlungsbedarf für eine Regelung zur Unverjährbarkeit von Mord in den Debatten des Parlaments zur Standesinitiative stark umstritten war. Dies zu Recht: Es besteht zwar ein Interesse von Opfer-Angehörigen an langen oder gar keinen Verjährungsfristen. Diesem Interesse ist aber unserer Ansicht nach mit der geltenden sehr langen Verjährungsfrist von 30 Jahren Genüge getan. Die Zuverlässigkeit der Beweisführung nimmt im Verlaufe der Zeit ab, wodurch das Erbringen von zuverlässigen Untersuchungsergebnissen in rechtsstaatlich einwandfreier Manier erschwert wird. Das gilt insbesondere in Bezug auf Zeugenaussagen, deren Verlässlichkeit durch Zeitablauf erheblich leidet. Die Gefahr von Justizirrtümern wächst dadurch.

Auch wenn die in den letzten Jahren neu entwickelten Beweismittel teilweise neue und erweiterte Überprüfungsmöglichkeiten bieten, sollten diese unserer Ansicht nach dazu genutzt werden, die Fälle schneller als heute aufzuklären, nicht jedoch, um die jetzt schon knappen Ressourcen der Strafbehörden für sehr alte Fälle zu verwenden.

Beim Straftatbestand des Mordes kommt hinzu, dass es sich um einen qualifizierten Tatbestand handelt, welcher auf innere Beweggründe zurückgeht, die auch durch neue Technologien kaum beweisbar sind. Es ist deshalb davon auszugehen, dass nach 30 Jahren wieder aufgenommene

Strafverfahren in einem Freispruch wegen Verjährung münden, nur weil das Tatbestandselement der "Skrupellosigkeit" nicht nachgewiesen werden kann. Gelingt es den Strafverfolgungsbehörden Jahrzehnte nach der Tat eine beschuldigte Person zu ermitteln, das urteilende Gericht qualifiziert indes die angeklagte Tötung nicht als Mord, sondern "lediglich" als vorsätzliche Tötung, wird die beschuldigte Person vom Vorwurf des Mordes freigesprochen. Sofern eventualiter angeklagt, muss das Gericht das Verfahren wegen vorsätzlicher Tötung infolge Verjährung einstellen.

Ein Mörder oder eine Mörderin entgeht nach geltendem Recht 30 Jahre nach seiner Tat jeglicher Strafe. Wer eine vorsätzliche Tötung nach Art. 111 StGB begangen hat, kann jedoch bereits nach 15 Jahren nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden. Obwohl es sich in beiden Fällen um eine vorsätzliche Tötung handelt, ist die Verjährungsfrist für Mord doppelt so lang, wie für eine einfache vorsätzliche Tötung. Letztere unterscheidet sich vom Mord jedoch einzig durch die fehlende Skrupellosigkeit bei der Tatbegehung.

Für vorsätzliche Tötung und für alle anderen besonders schweren Straftaten des Strafgesetzbuches wie Vergewaltigung ist aus unserer Sicht die derzeit geltende Verfolgungsverjährungsfrist von 15 Jahren für Verbrechen gemäss Art. 97 Abs. 1 lit. b StGB zu kurz. Statt die Unverjährbarkeit für Mord einzuführen, sind die Fristen der Verfolgungsverjährung für alle schweren Straftaten grundsätzlich zu überprüfen. Insbesondere sind die sehr unterschiedlichen Verjährungsfristen für Mord (30 Jahre) und vorsätzliche Tötung (15 Jahre) nicht gerechtfertigt. Wir schlagen im Sinne einer Alternative zur Standesinitiative vor, die Verjährungsfrist für vorsätzliche Tötung ebenfalls auf 30 Jahre anzuheben.

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Christoph Amstad
Regierungsrat

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Amt für Justiz
- Staatsanwaltschaft
- Gerichte
- Staatskanzlei



Kommission für Rechtsfragen
des Ständerates
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 89 42
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 8. April 2024

19.300 s Kt. Iv. SG. Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

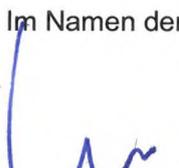
Mit Schreiben vom 9. Januar 2024 laden Sie uns zwecks Umsetzung der Standesinitiative 19.300 «s Kt. Iv. SG. Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher» zur Vernehmlassung zu einem Vorentwurf zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

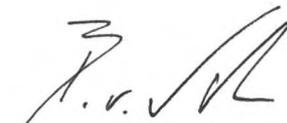
Mit der Vorlage soll der Mord im StGB und im MStG in den Katalog der unverjährbaren Straftaten aufgenommen werden. Dies entspricht der eingereichten Standesinitiative und wird von der Regierung – in Nachachtung des Beschlusses des Kantonsrates des Kantons St.Gallen – unterstützt.

Zusätzlich regen wir an, die Fristen für die Verfolgungsverjährung für alle schweren Straftaten zu überprüfen. So erscheint die heute gültige Frist für die Verfolgungsverjährung von 15 Jahren im Fall der Tötungsdelikte oder bei Vergewaltigungen als nicht mehr angemessen bzw. zu kurz. Gerade wenn Mord unverjährbar werden soll, erscheint demgegenüber eine Verfolgungsverjährung von 15 Jahren für vorsätzliche Tötung als nicht (mehr) gerechtfertigt.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung


Stefan Kölliker
Präsident


Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
info.strafrecht@bj.admin.ch

Telefon +41 (0)52 632 71 11
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@sh.ch

Regierungsrat

Kommission für Rechtsfragen

Per E-Mail an
info.strafrecht@bj.admin.ch

Schaffhausen, 9. April 2024

Vernehmlassung betreffend 19.300 s Kt. IV. SG. Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 9. Januar 2024 haben Sie uns den Vorentwurf in obgenannter Angelegenheit zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und nehmen dazu gerne Stellung.

Für die Unverjährbarkeit von Mord gemäss Art. 112 StGB sprechen neben ethischen Grundprinzipien wie der Wert des menschlichen Lebens auch die Interessen der Opfer-Angehörigen sowie der Öffentlichkeit an der Aufklärung der Tat und der Bestrafung des Täters. Dieser Wunsch nach Aufarbeitung ist nachvollziehbar und es ist vor diesem Hintergrund verständlich, dass ein Verlangen danach besteht, Mord für unverjährbar zu erklären.

Allerdings ergeben sich bei einer Unverjährbarkeit von Mord diverse Umsetzungsschwierigkeiten: Für eine Verurteilung nach Art. 112 StGB (Mord) ist zusätzlich zur vorsätzlichen Tötung das Tatbestandsmerkmal der "besonderen Skrupellosigkeit" bei der Tatbegehung nachzuweisen. Besonders skrupellos handelt ein Täter unter anderem dann, wenn seine Beweggründe besonders verwerflich sind. Nach über 30 Jahren dürfte es jedoch kaum mehr möglich sein, diese zu beweisen. Die inneren Beweggründe eines Täters müssen in der Regel durch Zeugenaussagen ermittelt werden, welche mit fortschreitendem Zeitablauf immer unzuverlässiger werden. Wenn das Tatbestandsmerkmal der "besonderen Skrupellosigkeit" nicht nachgewiesen werden kann, erfolgt ein Freispruch. Eine Verurteilung wegen vorsätzlicher Tötung gemäss Art. 111 StGB ist

nicht mehr möglich, da diese bereits nach 15 Jahren verjährt ist. Zudem sind die technologischen Möglichkeiten zur Aufklärung von Verbrechen zwar besser geworden, etwa durch die DNA-Analyse. Allerdings ergeben sich nach über 30 Jahren auch in diesem Zusammenhang zunehmende Beweisschwierigkeiten: Allfällige Treffer müssen immer im Tatgeschehen verortet werden, das heisst es stellt sich die Frage, wie die DNA einer Person, welche am Tatort sichergestellt wurde, dorthin gelangt ist. Dies zu beweisen wird mit zunehmendem Zeitablauf ebenfalls immer schwieriger und das Risiko von Fehlurteilen steigt. Dementsprechend bestehen auch rechtsstaatliche Bedenken an einer Unverjährbarkeit von Mord. Abschliessend ist darauf hinzuweisen, dass die Unverjährbarkeit dem schweizerischen Strafrecht lange fremd war und erst durch Entwicklungen im internationalen Recht für besonders schwere Straftaten eingeführt wurde, die in der Regel gegen eine Vielzahl von Menschen begangen werden und einen terroristischen oder kriegerischen Hintergrund haben (z.B. Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen etc.). Die Unverjährbarkeit von Mord ist in diesem Sinne systemfremd.

Aus den vorgenannten Gründen sprechen wir uns **gegen die Einführung der Unverjährbarkeit von Mord** aus. Vielmehr sollten ganz allgemein die Fristen der Verfolgungsverjährung gemäss Art. 97 Abs. 1 StGB für alle schweren Straftaten, d.h. für alle Verbrechen, überprüft und gegebenenfalls angehoben werden. Gerade die stark unterschiedlichen Verjährungsfristen von Mord (derzeit 30 Jahre) und vorsätzlicher Tötung (derzeit 15 Jahre) erscheinen aus unserer Sicht nicht gerechtfertigt.

Für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:



Patrick Strasser

Der Staatsschreiber:



Dr. Stefan Bilger

Sekretariat der Kommission für
Rechtsfragen des Ständerates
Parlamentsdienste
3003 Bern

12. März 2024

**Vernehmlassung zur Umsetzung der Standesinitiative 19.300; Keine
Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher**

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 9. Januar 2024 in oben genannter Angelegenheit, danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Vorentwurf sieht die Unverjährbarkeit der Verfolgung von Mord (Art. 112 StGB bzw. Art. 116 MStG) und der Vollstreckung entsprechender Strafen vor. Er berücksichtigt dabei die geltenden Regeln betreffend das Rückwirkungsverbot.

Es besteht zwar ein grosses öffentliches Interesse an der Aufklärung von Kapitalverbrechen. Mit der Unverjährbarkeit werden aber zu hohe Erwartungen an die Strafverfolgung und Justiz geknüpft. So werden Beweiserhebung, Beweisführung und Beweiswürdigung mit zunehmendem Zeitablauf naturgemäss nicht vereinfacht. Ob heutige Standards in der Beweiserhebung den für eine zweifelsfreie Beweiswürdigung erforderlichen Standards künftiger Technologien genügen, ist fraglich. Somit dürfte mit einer Verbesserung der Aufklärungsquote auch bei Unverjährbarkeit von Mord kaum zu rechnen sein. Die Folgen für die Opferangehörigen würden von enttäuschten Erwartungen bis hin zur erneuten Traumatisierung reichen.

Zudem weisen wir darauf hin, dass eine wissenschaftliche bzw. historische Aufarbeitung von aufsehenerregenden Tötungsdelikten bei Unverjährbarkeit von Mord wohl über einen sehr langen Zeitraum nicht mehr möglich wäre, da die dafür notwendige Akteneinsicht im Sinne von Artikel 101 Absatz 3 StPO aus ermittlungstaktischen Gründen kaum gewährt werden könnte, solange eine mögliche Täterschaft noch am Leben sein könnte.

Aus diesen Gründen wird der Vorentwurf abgelehnt.

Sollte die Umsetzung der Standesinitiative wider Erwarten weiterhin befürwortet werden, wird eine Beschränkung auf Mord gemäss Vorentwurf begrüsst.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES



Peter Hodel
Landammann



Andreas Eng
Staatschreiber

Regierungsratsbeschluss

vom 12. März 2024

Nr. 2024/395

Vernehmlassung zur Umsetzung der Standesinitiative 19.300; Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher Schreiben an die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates

1. Erwägungen

Die Staatskanzlei unterbreitet dem Regierungsrat das Schreiben an die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates betreffend Vernehmlassung zur Umsetzung der Standesinitiative 19.300 (Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher) zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Auf Antrag der Staatskanzlei wird das Schreiben an die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates betreffend Vernehmlassung zur Umsetzung der Standesinitiative 19.300 (Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher) beschlossen.



Andreas Eng
Staatschreiber

Beilage

Schreiben an die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates vom 12. März 2024

Verteiler

Staatskanzlei
Staatskanzlei, Legistik und Justiz (3)
Departement des Innern
Obergericht
Gerichtskonferenz, p. Adr. Guido Walser, Amtsgerichtspräsident Thal-Gäu, Schmelzihof
Staatsanwaltschaft
Jugendanwaltschaft
Medien (elektronischer Versand durch STK Kommunikation)



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern
info.strafrecht@bj.admin.ch
(Word und PDF Version)

Schwyz, 9. April 2024

Bundesgesetz über die Unverjährbarkeit von Mord

Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrter Herr Präsident

Mit Schreiben vom 9. Januar 2024 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zur oben erwähnten Vernehmlassungsvorlage bis 16. April 2024 Stellung zu nehmen. Für die Einladung danken wir Ihnen bestens.

Mit der beantragten Neuregelung soll der Mord im Strafgesetzbuch und mit Militärstrafgesetz in den Katalog der unverjährbaren Straftaten aufgenommen werden.

Der Kanton Schwyz unterstützt die Vorlage und damit die Unverjährbarkeit von Mord und beantragt darüber hinaus, dass der Vorentwurf dahingehend ergänzt wird, dass die Fristen der Verfolgungsverjährung für weitere schwere Straftaten auf 30 Jahre verlängert werden.

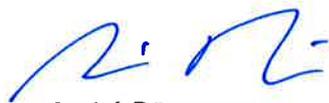
Wer einen Menschen tötet und dabei besonders skrupellos handelt, sind namentlich der Beweggrund des Täters, der Zweck der Tat oder die Art der Ausführung besonders verwerflich, begeht einen Mord. Die Verfolgungsverjährung dieses Verbrechens liegt derzeit bei 30 Jahren. Unverjährbar sind gemäss geltendem Recht Delikte wie Völkermord, Kriegsverbrechen sowie – aufgrund der Volksinitiative «Für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern» – bestimmte Sexualdelikte an Kindern unter 12 Jahren. Dieser Volksinitiative haben Volk und Stände am 30. November 2008 zugestimmt. Der neue Verfassungsartikel musste in der Folge auf Gesetzesstufe konkretisiert werden. Bereits bei der Behandlung der Volksinitiative im Parlament sowie im Rahmen der Umsetzung wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass Sinn und Zweck der Verjährung das abnehmende Strafbedürfnis sei. Zudem nehme die Qualität der Beweise laufend ab. Dass das Strafbedürfnis mit der Zeit abnimmt, mag auf geringfügige Delikte zutreffen. Bei schweren Verbrechen stimmt dies nicht mehr. Auch die zunehmende Lebenserwartung mag dazu beitragen. Auch wenn die Qualität der Beweise mit der Zeit sicher abnimmt, darf dies nicht dazu führen, dass schwere Verbrechen verjähren. Zudem bringen neue Technologien laufend neue ermittlungstechnische Möglichkeiten. Wenn im Rahmen eines Gerichtsverfahrens die Tat schliesslich nicht mehr bewiesen werden kann, ist dies selbstverständlich zu

akzeptieren. Nicht hinzunehmen ist dagegen, dass die Verjährung eine Strafverfolgung bzw. ein Gerichtsverfahren verunmöglicht.

Ein weiterer Grund, weshalb der Kanton Schwyz der Vorlage zustimmt, liegt in der Systematik des Strafrechts. Sexualdelikte an Kindern unter zwölf Jahren verjähren nicht. Sie verjähren deshalb nicht, weil Volk und Stände dies so wollten. Im Sinne der Logik darf demnach Mord – ein noch schwereres Delikt – erst recht nicht verjähren. Konsequenterweise müsste die Vorlage zum Anlass genommen werden, andere schwere Verbrechen (u. a. die vorsätzliche Tötung) bezüglich der Verjährungsfrist entsprechend anzupassen, d. h. diese von 15 auf 30 Jahre zu verdoppeln. Mord und vorsätzliche Tötung sind schwierig voneinander abzugrenzen, weshalb es störend wäre, wenn Mord nicht verjährt, die vorsätzliche Tötung jedoch bereits nach 15 Jahren.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Herr Präsident, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:



André Rüegsegger
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatschreiber

Kopie an:

- die Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Staatskanzlei, Regierungskanzlei, 8510 Frauenfeld

Kommission für Rechtsfragen
des Ständerates
Herr Daniel Jositsch
Präsident
3003 Bern

Frauenfeld, 9. April 2024
220

19.300 s Kt. Iv. SG. Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher

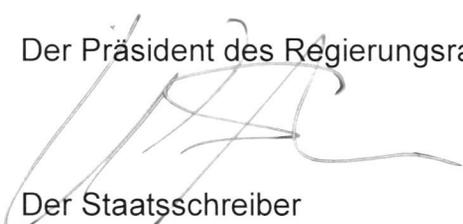
Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Vorentwurf für ein Bundesgesetz über die Unverjährbarkeit von Mord und teilen Ihnen mit, dass wir mit der Vorlage einverstanden sind.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates


Der Staatsschreiber





Numero
1415

sl

0

Bellinzona
20 marzo 2024

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax+41 91 814 44 35
e-mailcan@ti.ch
webwww.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Consiglio degli Stati
Commissione degli affari giuridici
3003 Berna

*Invio per posta elettronica (word e pdf):
info.strafrecht@bj.admin.ch*

Procedura di consultazione relativa alla modifica del Codice penale e del Codice penale militare (Nessun termine di prescrizione per chi ha commesso un reato grave – Imprescrittibilità dell'assassinio)

Signore e signori Consiglieri agli Stati,

abbiamo ricevuto la vostra lettera in merito alla summenzionata procedura di consultazione, concernente l'introduzione nel Codice penale e nel Codice penale militare dell'imprescrittibilità del reato di assassinio. Le modifiche proposte, unitamente al relativo rapporto esplicativo, sono state da noi esaminate in collaborazione con i servizi interessati, in particolare le autorità penali.

Ai fini dell'attuazione di un'iniziativa cantonale del Canton San Gallo, a cui il Parlamento federale ha deciso di dare seguito con voto di stretta misura dopo un dibattito controverso, la Commissione degli affari giuridici del Consiglio degli Stati (CAG-CS) ha approvato un progetto preliminare concernente una modifica del Codice penale e del Codice penale militare che intende inserire l'assassinio (art. 112 CP) nell'elenco dei reati imprescrittibili (modifica dell'art. 101 cpv. 1 lett. f e cpv. 3 CP, rispettivamente dell'art. 59 cpv. 1 lett. f e cpv. 3 CPM). L'attuale termine di prescrizione è in entrambi i casi, di 30 anni.

Ringraziando per l'opportunità che ci viene offerta di esprimere il nostro giudizio, formuliamo le seguenti osservazioni.

Premessa generale

L'articolo 101 del Codice penale disciplina l'imprescrittibilità dei reati elencati sia per quanto riguarda l'azione penale tanto per quanto attiene all'esecuzione della pena. Benché entrambe si fondano sul presupposto che la pretesa punitiva dello Stato si affievolisca sino a scomparire quando sia decorso un determinato periodo di tempo, i due istituti sono tra loro concettualmente differenziati.

La prescrizione dell'azione penale si basa sull'idea che la risposta sanzionatoria a un reato, verificatosi a una certa distanza di tempo, perda le sue ragioni sul piano della prevenzione generale, l'oblio rendendo inutile l'accertamento delle responsabilità. La cosiddetta prescrizione della pena si fonda invece sull'idea che sia incongruo fare eseguire una pena nel caso in cui dalla pronuncia del provvedimento di condanna - o dalla sottrazione volontaria dell'autore all'esecuzione della pena - sia decorso un determinato periodo di tempo.

La prescrizione dell'azione penale (o del reato) è un istituto che risponde a un principio di economia dei sistemi giudiziari in base al quale lo Stato rinuncia a perseguire l'autore di un reato, quando dalla sua commissione sia trascorso un periodo di tempo giudicato eccessivamente lungo e solitamente proporzionale alla gravità dello stesso. In altre parole, si intende evitare che la macchina giudiziaria continui a impegnare risorse per la punizione di reati commessi molto tempo prima e per i quali è socialmente meno sentita l'esigenza di una tutela giuridica penale, e questo anche nell'ottica della funzione socialmente rieducativa della pena. Con il passare del tempo è inoltre sempre più difficile per lo stesso imputato fornire e recuperare fonti di prova a suo discarico. La prescrizione funge inoltre da stimolo in modo che l'azione dello Stato contro i reati sia rapida, puntuale ed efficiente, seguendo un'azione repressiva costituzionalmente orientata, in favore del principio di ragionevole durata del processo (cosiddetto "fair trial").

Secondo l'articolo 97 CP, il tempo necessario a prescrivere un reato varia in considerazione della pena massima che può essere comminata. La prescrizione non equivale a un'assoluzione con formula piena, anche se gli effetti per l'imputato possono sembrare uguali in ragione della presunzione d'innocenza, e nemmeno a una condanna in quanto non viene formulato il corrispondente verdetto di condanna da parte del giudice.

Proposta di imprescrittibilità dell'assassinio (art. 112 CP)

Lo scrivente Consiglio di Stato non condivide la proposta di rendere imprescrittibile il reato di assassinio sostanzialmente per i seguenti motivi:

- Inizialmente, il diritto svizzero non conosceva il concetto di imprescrittibilità. Gli sviluppi del diritto internazionale hanno fatto sì che il genocidio, i crimini contro l'umanità, i crimini di guerra e alcuni crimini terroristici non fossero soggetti a prescrizione. In seguito ad un'iniziativa popolare sono stati pure aggiunti diversi reati commessi contro i minori di 12 anni (v. elenco all'art. 101 CP). L'introduzione dell'imprescrittibilità di alcuni reati commessi contro i minori di 12 anni ha però portato a uno squilibrio nel sistema: laddove solo alcuni reati particolarmente gravi commessi contro un gran numero di vittime erano imprescrittibili, il legislatore è stato costretto a rendere imprescrittibili anche reati certamente gravi, ma la cui gravità non era paragonabile al genocidio, ai crimini contro l'umanità o ai crimini di guerra. Questo ha portato a delle incongruenze, in quanto un reato sessuale commesso contro un infante non è soggetto a prescrizione, mentre l'omicidio dello stesso bambino sì.
- Il reato di assassinio, pur grave e odioso che sia, rimane un reato singolo, e non collettivo. Il ragionamento che ha prevalso al momento della creazione dell'ordinamento giuridico svizzero in materia di prescrizione penale non ha perso nulla del suo valore. E del resto illusorio immaginare che sia possibile svolgere delle

indagini efficaci su reati commessi diversi decenni prima. Più il tempo passa, meno affidabili sono le prove (segnatamente quelle soggettive come quelle testimoniali) e maggiore è il rischio di errore. Nel caso dell'assassinio, sono per di più rarissimi i criminali che sono riusciti a scampare ad una punizione a causa della prescrizione. Il periodo di 30 anni sembra sufficiente per permettere alla giustizia di esercitare nelle giuste condizioni. In altre parole, se non si arriva a trovare e punire un colpevole nei primi 30 anni dopo il fatto, molto difficilmente lo si potrà fare dopo. Ciò depone, a nostro avviso, a favore dello "statu quo" e a respingere quindi la modifica posta in consultazione.

Prescrizione di altri reati gravi nel CP

Ribadito che per quanto riguarda il reato di assassinio non si reputa necessario intervenire attraverso modifiche legislative, la scrivente Autorità condivide invece l'opinione dei Procuratori pubblici del Canton Ticino e del Canton Ginevra nonché della Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia secondo i quali occorrerebbe piuttosto prolungare l'attuale termine di prescrizione di 15 anni previsto per l'omicidio intenzionale (art. 111 CP), divenuto oggi troppo breve, visti gli sviluppi tecnici in termini di mezzi di prova, con particolare riferimento alle analisi del DNA. Se gli autori del progetto preliminare qui in esame considerano scioccante che l'assassino sfugga alla punizione 30 anni dopo il fatto, altrettanto si può dire dell'omicidio intenzionale per il quale questa possibilità si verifica dopo soli 15 anni. Dopotutto, in entrambi i casi, di tratta di un'uccisione volontaria di una persona, per la quale è la sola aggravante della mancanza di scrupolo a fare la differenza. Per questo reato e per altri reati particolarmente gravi del Codice penale, come la violenza carnale, si invitano pertanto le Autorità federali a considerare la possibilità di un'estensione dei termini di prescrizione attualmente in vigore (art. 97 al. 1 lett. b CP).

Vogliate gradire, signore e signori Consiglieri agli Stati, i sensi della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente

Raffaele De Rosa

Il Cancelliere

Arnaldo Coduri

Copia a:

- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch)
- Divisione della giustizia (di-dg@ti.ch)
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg.ap@ti.ch)
- Sezione del militare e della protezione della popolazione (di-smpp@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in Internet



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Kommission für Rechtsfragen des Ständerats
Parlamentsdienste
3003 Bern

19.300 s Kt. Iv. SG. Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren Ständeräte

Am 9. Januar 2024 hat die Kommission für Rechtsfragen des Ständerats den Regierungsrat im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens zur Umsetzung der Standesinitiative 19.300 «Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher» eingeladen, zur Änderung des Strafgesetzbuchs (StGB; SR 311.0) und des Militärstrafgesetzes (MStG; SR 321.0) Stellung zu nehmen.

Die Vorlage sieht vor, dass bei Mord (Art. 112 StGB und Art. 116 MStG) keine Verjährung mehr eintreten soll. Auf den ersten Blick mag die Unverjährbarkeit für Mord als sinnvoll und gerechtfertigt erscheinen, nimmt doch das Interesse der Opferangehörigen an Aufklärung und Bestrafung eines sie betreffenden Morddelikts auch nach Jahrzehnten nicht ab. Dennoch ist das Institut der Unverjährbarkeit dem schweizerischen Strafrecht grundsätzlich fremd. Mit der Verjährung einer Straftat bringt der Gesetzgeber vielmehr zum Ausdruck, dass das gesellschaftliche Bedürfnis nach staatlichem Ausgleich und Strafe mit der Zeit nachlässt und auch die härteste Strafe geschehenes Unrecht nicht ungeschehen machen kann.

Das schweizerische Strafrecht sieht zwar bereits Ausnahmen vom Grundsatz der Verjährbarkeit für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und bestimmte terroristische Verbrechen vor (Art. 101 Abs. 1 Bst. a bis d StGB und Art. 59 Abs. 1 Bst. a bis d MStG). Diese wurden entsprechend den Entwicklungen im internationalen Recht für besonders schwere Straftaten, die in der Regel gegen eine Vielzahl von Personen begangen werden und einen terroristischen oder kriege-

rischen Hintergrund haben, eingeführt. Bei der Unverjährbarkeit solcher Straftaten geht es indes primär um die Aufarbeitung der Vergangenheit.

Eine weitere Ausnahme wurde mit der Einführung der Unverjährbarkeit bestimmter Straftaten, die an Kindern unter 12 Jahren begangen werden (Art. 101 Abs. 1 Bst. e StGB), geschaffen. Diese Unverjährbarkeit führt in der Praxis jedoch zu unerklärlichen Widersprüchen, da in der Konsequenz ein an einem Kind unter 12 Jahren begangenes Sexualdelikt unverjährbar ist, während die Tötung desselben Kindes einer Verjährungsfrist unterliegt.

Weiter vermag auch die Entwicklung im forensischen Bereich, namentlich der DNA-Analyse, mit der die Einführung der Unverjährbarkeit für Mord hauptsächlich begründet wird, nicht zu überzeugen. Ob es sich bei einem Tötungsdelikt um Mord, also einen qualifizierten Tatbestand, handelt, ergibt sich aus dem inneren Beweggrund der Täterin bzw. des Täters, d. h. die Tat muss besonders skrupellos begangen werden. Dies lässt sich jedoch auch mit neuen Technologien kaum beweisen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass ein Strafverfahren, das nach 30 Jahren wieder aufgenommen wird, wegen Verjährung eingestellt wird, weil das Tatbestandselement der «Skrupellosigkeit» nicht nachgewiesen werden kann und somit «lediglich» von einer vorsätzlichen Tötung mit einer Verjährungsfrist von 15 Jahren (Art. 111 i.V.m. Art. 97 Abs. 1 Bst. b StGB) auszugehen ist.

Hinzu kommt, dass bei allfälligen Treffern stets auch die Frage zu beantworten ist, wie die DNA einer Person auf die am Tatort sichergestellte Spur gelangt ist. Dies ist je nach Konstellation oder bei Fehlen weiterer objektiver Beweismittel durch die Einvernahme von Personen abzuklären. Je mehr Zeit vergangen ist, desto unzuverlässiger werden jedoch solche Zeugenaussagen. Mit zunehmendem Zeitablauf steigt das Risiko von Aussagen ohne Beweiswert oder gar von Falschaussagen und damit verbunden auch das Risiko von Fehlurteilen. Gegen die Unverjährbarkeit von Straftaten bestehen deshalb erhebliche rechtsstaatliche Bedenken.

Schliesslich bleibt anzumerken, dass es einzig dem urteilenden Gericht obliegt, eine Tötung als Mord zu qualifizieren und nicht «bloss» als vorsätzliche Tötung. Diese Schlussfolgerung des urteilenden Gerichts kann durch die Strafverfolgungsbehörden selbst nach Ermittlung einer beschuldigten Person Jahrzehnte nach der Tat nicht vorweggenommen werden. Letztlich entscheidet somit stets die richterliche Qualifikation darüber, ob ein Verfahren wegen Verjährung einzustellen ist, oder ob ein Urteil - und gegebenenfalls eine mehrjährige, bis hin zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe - wegen Mords ausgefällt werden kann.

Gestützt auf die Ausführungen lehnen wir die vorgeschlagene Änderung der Unverjährbarkeit für Mord (Art. 112 StGB und Art. 116 MStG) ab.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Ständeräte, wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 28. März 2024



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

A handwritten signature in blue ink, consisting of a large, stylized 'H' followed by a horizontal line and a vertical stroke.

Urs Janett

A handwritten signature in blue ink, featuring a large, sweeping initial 'R' followed by several loops and a final vertical stroke.

Roman Balli

Conseil des Etats
Monsieur Daniel Jositsch
Président
Commission des affaires juridiques
3003 Berne

*Par courrier électronique à :
info.strafrecht@bj.admin.ch (une version Word
et une version PDF)*

Réf. : 24_COU_1703

Lausanne, le 27 mars 2024

Procédure de consultation - Avant-projet de loi fédérale sur l'imprescriptibilité de l'assassinat (modification du code pénal et du code pénal militaire)

Monsieur le Président,

Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud vous remercie d'avoir sollicité son avis sur l'avant-projet de loi fédérale visant à mettre en œuvre l'initiative 19.300 du Canton de Saint-Gall « Pas de prescription pour les crimes les plus graves », mis en consultation par la Commission des affaires juridiques du Conseil des Etats (ci-après : la Commission).

Après avoir mené une consultation auprès des organismes concernés du Canton, il a l'honneur de vous faire part de ses déterminations.

I. Modification du code pénal et du code pénal militaire

Selon les options étudiées et retenues par la Commission, le projet de mise en œuvre de l'initiative 19.300 prévoit de modifier les art. 101 al. 1, let. f et 3, 4^e phrase du Code pénal et 59 al. 1, let. f et 3, 4^e phrase du Code pénal militaire et d'ajouter l'assassinat à la liste des infractions imprescriptibles, l'imprescriptibilité portant ainsi à la fois sur l'action pénale et sur la peine. Le Conseil d'Etat n'a pas de commentaire particulier à apporter concernant ces choix.

L'imprescriptibilité de l'assassinat risque toutefois de poser de nombreuses difficultés en pratique. L'assassinat (art. 112 CP) est une forme « qualifiée » d'homicide et répond à des conditions strictes (« tuer avec une absence particulière de scrupules »), dont la réalisation ne peut être déterminée qu'en toute fin d'enquête ou devant le tribunal pénal. Cela signifie concrètement qu'avec cette modification, tout cas d'homicide potentiel ou supposé dénoncé au Ministère public de nombreuses années après sa survenance devra conduire à l'ouverture d'une enquête, quelle que soit la date à laquelle remontent les faits. La charge supplémentaire engendrée par une telle modification législative se révèle démesurée compte tenu des résultats tout à fait aléatoires susceptibles d'être obtenus.

Les partisans de l'imprescriptibilité font valoir les progrès technologiques, plus spécifiquement en termes d'analyse ADN, qui permettraient d'élucider des crimes commis même des dizaines d'années plus tôt. Ces avancées technologiques ne permettent toutefois pas encore d'établir dans quelles circonstances l'auteur a agi, notamment si son mobile, son but ou sa façon d'agir étaient particulièrement odieux, comme précisé à l'art. 112 CP. Avec l'écoulement du temps, il sera presque impossible de reconstituer l'état d'esprit dans lequel se trouvait l'auteur ; de nombreux éléments de preuves vont disparaître et il sera notamment très difficile d'obtenir des témoignages précis et fiables. Contraintes d'ouvrir une enquête, plus de 30 ans après les faits, les autorités de poursuite pénale se trouveront démunies, non pas pour établir l'existence d'un homicide, mais pour établir qu'il mérite en réalité la qualification d'assassinat. L'ouverture d'une procédure dont la probabilité qu'elle aboutisse est quasiment inexistante n'est au demeurant pas dans l'intérêt des proches de la victime. Ainsi, mis à part faire naître de faux espoirs à ces derniers, la modification proposée risque de se révéler inefficace.

Concernant la disposition transitoire, le projet prévoit de régler la rétroactivité de manière analogue à l'imprescriptibilité des actes d'ordre sexuel ou pornographique avec des enfants. Cela signifie une dérogation au principe de non-rétroactivité, l'imprescriptibilité s'appliquant aux infractions commises avant l'entrée en vigueur de la nouvelle disposition et qui n'étaient pas prescrites à cette date. Si l'art. 389 al. 1, 1^e phrase CP réserve la possibilité de déroger au principe de la *lex mitior*, une telle exception ne se justifie pas à chaque fois que le législateur entend rendre imprescriptible une infraction, au risque de vider de sa substance l'art. 389 CP. Le système déjà prévu à l'art. 101 al. 3 CP peut se justifier par la gravité extraordinaire et la spécificité de certaines infractions (génocide, crimes de guerre, crimes contre l'humanité, crimes mettant en danger la vie et l'intégrité corporelle d'un grand nombre de personnes). Il apparaît par contre difficilement justifiable dans le cadre du présent projet, ce d'autant plus au vu des problèmes de mise en pratique relevés ci-dessus.

II. Droit pénal des mineurs

La Commission a décidé de ne pas rendre imprescriptible l'assassinat commis par un mineur. Le Conseil d'Etat se rallie à cet avis. L'imprescriptibilité ne serait en effet pas conciliable avec les principes régissant le droit pénal des mineurs et pourrait aboutir à des jugements inappropriés et préjudiciables.

III. Conclusion

Le Conseil d'Etat n'est pas favorable au projet de modification des art. 101 du Code pénal et 59 du Code pénal militaire rendant imprescriptible l'infraction d'assassinat. Il considère que cette infraction doit continuer d'être soumise aux effets de la prescription pénale à laquelle il ne doit être dérogé que dans des cas exceptionnels. Après plus de trente ans et malgré les avancées technologiques, il sera en pratique quasiment impossible de qualifier un homicide d'assassinat. Il en résultera une charge de travail supplémentaire inutile pour les autorités pénales et de faux espoirs pour les proches des victimes. Pour ce qui est du droit pénal des mineurs, le Conseil d'Etat rejoint l'avis de la Commission.

En vous remerciant de l'accueil que vous réserverez aux observations du Canton de Vaud, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Président, l'expression de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Christelle Luisier Brodard

LE CHANCELIER a.i.



François Vodoz

Copies

- Office des affaires extérieures
- Direction générale des affaires institutionnelles et des communes, Direction des affaires juridiques



P.P. CH-1951
Sion

Conseil des Etats
Monsieur Daniel Jositsch
Président de la
Commission des affaires juridiques
3003 Berne



Notre réf. MT

Date 24 AVR. 2024

19.300 é Iv. ct. SG. Pas de prescription pour les crimes les plus graves - consultation sur l'avant-projet de loi fédérale sur l'imprescriptibilité de l'assassinat (modification du code pénal et du code pénal militaire)

Monsieur le Président,

Le Conseil d'Etat valaisan vous remercie de l'avoir consulté sur le projet cité en exergue et vous communique, ci-après, sa détermination.

D'après les choix examinés et retenus par votre Commission, le projet de concrétisation de l'initiative 19.300 déposée par le canton de Saint-Gall prévoit des modifications des articles 101 alinéas 1 lettre f, et 3, 4^e phrase du Code pénal (CP), ainsi que de l'article 59 alinéa 1 lettre f et 3, 4^e phrase du Code pénal militaire. Il propose également d'ajouter l'assassinat à la liste des crimes imprescriptibles, rendant ainsi l'action pénale et la peine non soumises à prescription.

A relever que le 30 novembre 2008, le peuple et les cantons ont accepté l'initiative populaire « pour l'imprescriptibilité des actes de pornographie enfantine » dont la mise en œuvre a débuté le 1^{er} janvier 2013. La population ne comprendrait dès lors pas que l'auteur d'un crime élucidé grâce à de nouvelles méthodes criminalistiques ne soit pas tenu de rendre des comptes en raison de la prescription.

En effet, les importants progrès réalisés dans le cadre des analyses ADN offrent désormais aux autorités de poursuites pénale de nouveaux moyens techniques pour résoudre des affaires, ce qui a d'ailleurs permis des arrestations inattendues. Les analyses ADN permettent ainsi aux enquêteurs de trouver des preuves de la culpabilité d'un suspect bien des années après qu'un crime a été commis.

Afin de tenir compte des avancées technologiques précitées, il se justifie pleinement de supprimer aujourd'hui le délai de prescription pour le crime particulièrement dénué de scrupules, comme l'assassinat, et ce, par souci d'équité.

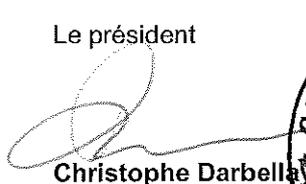
Très peu de cas seraient concernés et que, par conséquent, le principe même de la prescription ne serait manifestement pas remis en cause. La suppression du délai de prescription serait conforme au principe de l'égalité devant la loi, parce qu'elle respecte le principe de l'Etat de droit, selon lequel les délits les plus graves doivent être punis indépendamment de l'écoulement du temps.

En conclusion, le Conseil d'Etat est favorable à l'avant-projet de loi tel que conçu par votre Commission.

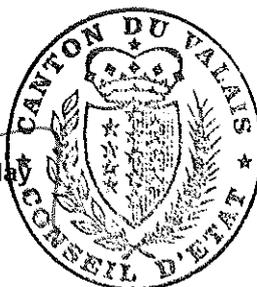
Nous vous remercions par avance de l'attention que vous porterez à notre prise de position et vous prions d'agréer, Monsieur le Président, l'expression de notre haute considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président



Christophe Darbellay



La chancelière



Monique Albrecht

Copie à info.strafrecht@bj.admin.ch

Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Kommission für Rechtsfragen des Ständerats RK-S
Herr Prof. Dr. Daniel Jositsch
Präsident
3003 Bern

Zug, 26. März 2024 rv

**Vernehmlassung zum Vorentwurf zum Bundesgesetz über die Unverjährbarkeit von Mord
(Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes)
Stellungnahme des Kantons Zug**

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 9. Januar 2024 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, sich bis am 16. April 2024 vernehmen zu lassen. Nach Rücksprache mit dem Obergericht des Kantons Zug können wir Ihnen mitteilen, dass wir den Vorentwurf zur Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuchs vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0) und des Militärstrafgesetzes vom 13. Juni 1927 (SR 321.0) begrüßen. Aus unserer Sicht ist es sinnvoll, die Unverjährbarkeit der Strafverfolgung und Strafvollstreckung bei Mord in diesen Erlassen vorzusehen. Auch teilen wir die Ansicht der Rechtskommission des Ständerats, dass eine Ausdehnung der Unverjährbarkeit auf sämtliche Delikte, die mit lebenslanger Freiheitsstrafe bedroht sind, nicht angezeigt ist. Ebenso teilen wir die Ansicht, dass es dem Schutz- und Erziehungsgedanken des Jugendstrafrechts zuwiderlaufen würde, eine entsprechende Unverjährbarkeit auch im Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht vom 20. Juni 2003 (SR 311.1) vorzusehen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug



Silvia Thalmann-Gut
Frau Landammann



Tobias Moser
Landschreiber

Versand per E-Mail an:

- Bundesamt für Justiz (info.strafrecht@bj.admin.ch; als PDF- und Word-Version)
- Sicherheitsdirektion (info.sd@zg.ch)
- Amt für Justizvollzug (info.ajv@zg.ch)
- Obergericht des Kantons Zug (Marc.Siegwart@zg.ch)
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung
- Staatskanzlei (info.staatskanzlei@zg.ch zur Aufschaltung der Vernehmlassungsantwort im Internet)



Elektronisch an info.strafrecht@bj.admin.ch



Kanton Zürich
Regierungsrat

staatskanzlei@sk.zh.ch
Tel. +41 43 259 20 02
Neumühlequai 10
8090 Zürich
zh.ch

Kommission für Rechtsfragen des Ständerates
3003 Bern

27. März 2024 (RRB Nr. 337/2024)

**Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes
(Unverjährbarkeit von Mord), Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Frauen Ständerätinnen und Herren Ständeräte

Mit Schreiben vom 9. Januar 2024 haben Sie uns eingeladen, zum Vorentwurf der Änderung des Strafgesetzbuchs und des Militärstrafgesetzes (Unverjährbarkeit von Mord) Stellung zu nehmen (Umsetzung der Standesinitiative 19.300). Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

Wir lehnen die Vorlage in dieser Form ebenso ab wie die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren und die Schweizerische Staatsanwaltschaftskonferenz. Vielmehr erscheint eine ganzheitliche Überprüfung der Fristen der Verfolgungsverjährung für alle schweren Straftaten sinnvoll. Bei der Unterstellung neuer Tatbestände unter die Unverjährbarkeit sollte Zurückhaltung geübt werden, insbesondere weil Widersprüche im Sanktionenrecht damit nicht gelöst, sondern eher vergrössert werden. So verjährt etwa nach geltendem Recht eine «vorsätzliche Tötung» nach Art. 111 StGB bereits nach 15 Jahren, wogegen für «Mord» nach Art. 112 StGB eine Frist von 30 Jahren gilt. Weitere Einzelfalllösungen, wie mit der Umsetzung der vorliegenden Standesinitiative vorgeschlagen, schwächen die Kohärenz und damit die Glaubwürdigkeit des Sanktionensystems.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Die Staatsschreiberin:

Mario Fehr

Dr. Kathrin Arioli



Bundesgericht
Tribunal fédéral
Tribunale federale
Tribunal federal



Der Generalsekretär
Av. du Tribunal fédéral 29
CH - 1000 Lausanne 14
Tel. +41 (0)21 318 91 11
www.bger.ch
Geschäftsnummer 003.1
DOCID 10002985

Kommission für Rechtsfragen SR

Herr Präsident

Daniel Jositsch

3003 Bern

per E-Mail: info.strafrecht@bj.admin.ch

Lausanne, 2. April 2024 / piy

**Vernehmlassung der RK-S zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative 19.300
"Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher"**

Sehr geehrter Herr Präsident

Mit E-Mail vom 9. Januar 2024 haben Sie das Bundesgericht eingeladen, in oben erwähntem Vernehmlassungsverfahren Stellung zu nehmen; dafür danken wir Ihnen bestens.

Wir teilen Ihnen mit, dass das Bundesgericht auf eine Stellungnahme verzichtet.

Freundliche Grüsse

Der Generalsekretär

Nicolas Lüscher

Kopie

- Bundesstrafgericht
- Bundesverwaltungsgericht
- Bundespatentgericht



Verwaltungskommission

Viale Stefano Franscini 7
CH-6500 Bellinzona
Tel. +41 58 480 68 68
Fax +41 58 480 68 32
info@bstger.ch

Registratur Nummer: 1.1.1.8

Kommission für Rechtsfragen SR
Herrn Präsident
Daniel Jositsch
3003 Bern

per E-Mail an:
info.strafrecht@bj.admin.ch

Bellinzona, 28. März 2024/bom

**Vernehmlassung der RK-S zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative 19.300
«Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher»**

Sehr geehrter Herr Präsident

Mit Schreiben vom 9. Januar 2024 haben Sie das Bundesstrafgericht eingeladen, in oben erwähntem Vernehmlassungsverfahren Stellung zu nehmen; dafür danken wir Ihnen bestens.

Wir teilen Ihnen mit, dass das Bundesstrafgericht auf eine Stellungnahme verzichtet.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Alberto Fabbri
Präsident



Marc-Antoine Borel
Generalsekretär

Kopie an

- Bundesgericht
- Bundesverwaltungsgericht
- Bundespatentgericht

Ständerat

Kommission für Rechtsfragen

CH-3003 Bern

eingereicht per Email an info.strafrecht@bj.admin.ch

Bern, 15. April 2024

Vernehmlassungsverfahren: 19.300 s Kt. Iv. SG. Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nutzen die Demokratischen Jurist*innen Schweiz (DJS) die Gelegenheit zur Stellungnahme betreffend Vor-entwurf zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes vom 12. Oktober 2023. Die DJS lehnen die vorgeschlagene Änderung, wonach neu der Mord in den Katalog der unverjährbaren Straftaten aufgenommen werden soll, ab und zwar aus folgenden Gründen:

Ganz grundsätzlich sind die DJS der Ansicht, dass ein zeitlich unbegrenztes Recht des Staates auf Strafverfolgung zur Durchsetzung des Strafanspruchs aus einer menschenrechtlichen Perspektive problematisch ist. Ein Recht auf Verjährung ergibt sich insbesondere aus folgenden Menschenrechten¹: Aus dem Legalitätsprinzip nach Art. 7 Abs. 1 EMRK ergibt sich, dass die Strafbarkeit eines normabweichenden Verhaltens im Recht hinreichend klar zu umschreiben ist. Diese im Recht festzulegenden Strafbarkeit eines bestimmten Verhaltens umfasst auch die Regelung einer zeitlichen Komponente der Verfolgbarkeit (Verjährung). Aus Art. 6 Abs. 1 EMRK begründet der Beschleunigungsgrundsatz sowie der allgemeine Grundsatz einer gebotenen Fairness im Verfahren ein Recht auf Verjährung. Das Gebot der Beschleunigung des Verfahrens soll bewirken, dass der Staat seinen Strafanspruch nur in dafür angemessener Zeit durchsetzen kann. Die infolge Zeitablaufs verbundenen Beweisschwierigkeiten und die aufgrund dessen nicht mehr garantierte Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze bei der Aufklärung der Tat führen zu einem subjektiven Recht der beschuldigten Person, diesfalls nicht mehr verfolgt zu werden.

Die DJS befürchten weiter, dass die Erweiterung des Katalogs der unverjährbaren Straftaten auf den Mord dazu führt, dass die Unverjährbarkeit schrittweise auch für andere Straftaten eingeführt werden würde, was aus einer menschenrechtlichen Perspektive nicht akzeptabel ist. Zudem ist zu befürchten, dass die Aufnahme des Mords in den Katalog der unverjährbaren Straftaten dazu führen würde, dass Tötungsdelikte nach Ablauf der ordentlichen Verjährungsfrist (unrechtmässig) als Mord denn als vorsätzliche Tötung (oder gar Totschlag) behandelt werden.

¹ ROBERT ESSER, Verjährung der Strafverfolgung – ein Menschenrecht?, in: Gudrun Hochmayr/Walter Gropp (Hrsg.), Die Verjährung als Herausforderung für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Strafsachen, Entwicklung eines Harmonisierungsvorschlags, Schriften zum Internationalen und Europäischen Strafrecht, Band 54, Baden-Baden 2021, S. 37 ff.

Das Argument für die Einführung der Unverjährbarkeit für Mord, dass auch nach langer Zeit in der Bevölkerung und unter den Angehörigen der Opfer noch ein Bedürfnis besteht nach Aufklärung von schlimmen Straftaten, überzeugt nicht. Die staatliche Verfolgung einer Tat ohne die Anerkennung einer Verjährung der Verfolgung ist ab einem gewissen Zeitpunkt lediglich noch auf Vergeltung ausgerichtet; Aspekte der Prävention, der zunehmenden Beweisschwierigkeiten und der Abschreckung lassen sich mit zunehmendem Zeitablauf nur noch unzureichend berücksichtigen.² Die Ansicht, dass Strafrecht reine Vergeltungszwecke anzustreben hat, ist heute aber überholt. Staatliche Eingriffe in die Freiheit der Einzelnen müssen immer auch auf soziale Zwecke ausgerichtet sein und daran gemessen werden, was sie für den Bestand der Ordnung leisten.³ Der staatliche Strafanspruch kann damit nicht mehr nur durch die Schuld an sich gerechtfertigt werden. Vielmehr muss die Strafe mit dem begründet werden können, was sie bezweckt und bewirkt bzw. bewirken sollte, d.h. mit der Prävention. Die Strafe soll vorbeugen, generell, indem sie Andere von der Begehung strafbarer Taten abschreckt und, speziell, indem sie Straftäter von erneutem deliktischem Verhalten abhält.

Gestützt auf diese Ausführungen lehnen die DJS die vorgeschlagene Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes vom 12. Oktober 2023 ab.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Anmerkungen.

Freundliche Grüsse

für die Demokratischen Jurist*innen Schweiz



Lea Schlunegger
MLaw, Rechtsanwältin
Generalsekretärin DJS



Marlen Stöckli
MLaw, Rechtsanwältin
Mitglied Demokratische Jurist*innen Bern

² EGMR (GK), Urteil vom 17.9.2014, Mocanu u.a. v. Rumänien, Nr. 10865/09, abweichende Meinung der Richter Pinto de Albuquerque und Vučinić, Z. 3.

³ MARCEL NIGGLI / STEFAN MAEDER, Was schützt eigentlich Strafrecht (und schützt es überhaupt etwas)? in: AJP 2011, S. 443 ff., S. 445.

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern

Bern, 15. April 2024
StGB_Unverjährbarkeit / MZ

Elektronischer Versand: info.strafrecht@bj.admin.ch

Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Unverjährbarkeit von Mord) Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die vorliegende Vorlage setzt das Begehren der Standesinitiative St. Gallen [19.300](#) um. Mit der beantragten Neuregelung soll der Mord im Strafgesetzbuch und Militärstrafgesetz in den Katalog der unverjährbaren Straftaten aufgenommen werden. FDP.Die Liberalen begrüsst die vorliegende Vorlage und die Beschränkung der Fälle von Unverjährbarkeit auf Mord gemäss StGB und MStG.

Das Institut der Verjährung dient der Wiederherstellung des Rechtsfriedens. Aus Sicht der FDP.Die Liberalen kann sich der Staat aber nicht erlauben in Mordfällen bei Vorliegen von Hinweisen keine Untersuchung einzuleiten, und so seiner rechtsstaatlichen Aufgabe zu entziehen. Ausser Betracht darf nicht gelassen werden, dass dank der technologischen Entwicklungen auch nach längerem Zeitablauf die Erbringung von Beweisen (bspw. DNA-Analysen) möglich ist. Zuletzt gilt es auch die Systematik zu wahren: Alle Delikte, die mit lebenslänglicher Strafe geahndet werden können, sollen auch lebenslänglich verfolgt werden können (Unverjährbarkeit). Insofern wird mit dieser Vorlage auch eine Lücke geschlossen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Präsident



Thierry Burkart
Ständerat

Der Generalsekretär



Jon Fanzun



Les VERT-E-S suisses

Bettina Beer
Waisenhausplatz 21
3011 Berne

bettina.beer@gruene.ch
031 511 93 21

Conseil des États
Commission des affaires juridiques
3003 Berne

par e-mail à : info.strafrecht@bj.admin.ch

Berne, le 15 avril 2024

**Consultation sur l'avant-projet de loi fédérale sur l'imprescriptibilité de l'assassinat
(Modification du code pénal et du code pénal militaire)**

Mesdames, Messieurs,

Les VERT-E-S vous remercient d'avoir été sollicité-e-s pour la consultation sur l'avant-projet de loi fédérale sur l'imprescriptibilité de l'assassinat.

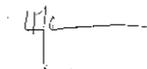
En accord avec la position défendue par son groupe parlementaire lors de la première phase du traitement de l'initiative cantonale 19.300 *Pas de prescription pour les crimes les plus graves* à la base de cet avant-projet, **les VERT-E-S rejettent clairement la modification du code pénal et du code pénal militaire prévoyant l'imprescriptibilité de l'assassinat**, et ce pour les raisons suivantes :

- La prescription d'infractions, et donc également de l'action pénale et de la peine, poursuit le but de la préservation de la paix sociale, lorsque le laps de temps écoulé depuis l'infraction est suffisamment long. L'imprescriptibilité de l'assassinat entrave le processus de deuil collectif suite à un crime, en l'occurrence un assassinat. Ce processus est également favorable aux proches dans leur processus de deuil personnel, même s'il ne retire pas leur souffrance.
- Malgré les progrès technologiques, notamment les analyses ADN, plus le temps passe, plus l'administration des preuves devient compliquée. Par exemple, l'attribution d'un fragment d'ADN à une personne donnée ne signifie pas qu'elle est nécessairement l'auteur du crime.
- Les avancées dans les domaines de la médecine légale et de la criminalistique permettent en outre de résoudre certains crimes plus rapidement, ce qui augmente le taux d'élucidation. Le nombre de cas non élucidés va donc diminuer. Selon les chiffres de l'Office fédéral de la statistique, sur les 490 cas de meurtre qui ont été commis entre 2009 et 2018, 458 ont été élucidés, seuls 32 ne l'ont pas été.
- Les votes extrêmement serrés et le nombre élevé d'abstentions tant en commission qu'aux

deux chambres expriment l'absence d'une majorité claire en faveur de l'imprescriptibilité, ce qui crée un précédent problématique. Cette proposition ne prend pas en compte non plus la systématique du droit. Par ailleurs, elle avait déjà été formulée par le passé et rejetée en 2017 encore au Conseil national.

Nous vous remercions d'avance de bien vouloir prendre en compte notre prise de position.

Meilleures salutations



Lisa Mazzone
Présidente



Bettina Beer
Secrétaire politique

Ständerat
Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern

PDF und Word-Version per E-Mail
an: info.strafrecht@bj.admin.ch

Zürich, 14. April 2024

19.300 s Kt. Iv. SG. Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder der Rechtskommission des Ständerats

Am 9. Januar 2024 wurde die Vernehmlassung zur obgenannten Vorlage eröffnet. Die Schweizerische Sektion der Internationalen Juristenkommission (ICJ-CH) setzt sich für die Prinzipien des Rechtsstaates und die Grundrechte der Einzelnen ein. Der vorgelegte Vorentwurf berührt diese Themen. Wir danken Ihnen deshalb für die Einladung zur Vernehmlassung und nehmen gern Stellung innert der angesetzten Frist bis 16. April 2024.

Im Rahmen der Umsetzung der Anliegen der parlamentarischen Initiative des Kantons St. Gallen von 2019 auf Ausweitung der Bestimmungen über die Unverjährbarkeit von schwersten Verbrechen stellt sich Ihre Kommission die Frage, ob auch das schwere Delikt des Mordes nach Art. 120 StGB unter diejenigen grundsätzlich mit lebenslanger Strafe bewehrten Delikte nach Art. 101 StGB und Art. 59 MStG wie namentlich Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen oder verbrecherische sexuelle Handlungen gegen Kinder eingereiht werden sollen.

Als Mord bezeichnet das Strafgesetzbuch in Art. 112 folgende Taten:

«Handelt der Täter besonders skrupellos, sind namentlich sein Beweggrund, der Zweck der Tat oder die Art der Ausführung besonders verwerflich, so ist die Strafe lebenslängliche Freiheitsstrafe oder Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren.»

Mord ist somit ein vorsätzliches Tötungsdelikt, das namentlich aus verwerflichen Motiven und/oder besonders grausam ausgeführt worden ist. Insofern kann es grundsätzlich mit den schon bisher vorgesehenen unverjähren schweren Delikten aufgrund des Völkerstrafrechts nach dem Rom-Statut des Internationalen Strafgerichtshofs und aufgrund besonderer Wertungen der Bundesverfassung bei Gewaltdelikten an Kindern verglichen werden.

Eine explizite Anordnung der Unverjährbarkeit ist sorgfältig zu prüfen. Namentlich aus der Perspektive der Opfer (z.B. den überlebenden Angehörigen) und deren Leid ist die Forderung nach Unverjährbarkeit ernst zu nehmen. Für eine Unverjährbarkeit wird auch vorgebracht, dass durch die Entwicklungen der Fahndungs- und Ermittlungsmethoden manchmal auch viel später noch neue Erkenntnisse möglich sein können.

Doch die Verjährung der Strafverfolgung und der Strafdurchsetzung ist ein menschenrechtliches Anliegen, weil jedem Straftäter und jeder Straftäterin – Ausnahmen wie z.B. Fälle von Kriegsverbrechen vorbehalten – ein Recht auf Vergessen und eine Chance eines unbelasteten Neubeginns im Lebensplan einmal zukommen soll. Vor allem aber ist die zeitliche Begrenzung der Strafverfolgung oft auch nötig, weil die strafprozessuale Verfolgung nach langer Zeit mit unlösbaren Unklarheiten belastet sein kann, oder weil die strafrechtlichen Wertungen sich stark verschoben haben oder weil eine bestimmte Strafverfolgung nach allzu langer Zeit kaum den Interessen der Opfer oder der Gesellschaft an einem Rechtsfrieden dient (vgl. BGE 147 I 463 E. 6, 474 ff. zum Wunsch der Angehörigen, die schrecklichen Ereignisse ruhen zu lassen).

Im vorliegenden Gesetzgebungsverfahren möchten wir zuerst einmal festhalten, dass völlig zu Recht das Jugendstrafrecht gar nicht in das Vorhaben einbezogen wird, schon weil dieses vorwiegend auf Massnahmen und nicht auf eine harte Sühne ausgerichtet ist. Zu begrüssen ist auch, dass die Übergangsregelungen für den Fall der Aufnahme des Mordes unter die unverjähren Schwerstdelikte sorgfältig verfasst werden.

In der Hauptfrage aber kommen wir zur Auffassung, dass die Straftat des Mordes nach StGB und MStG nicht als unverjähren qualifiziert werden soll. Die Begründung ist folgende: Die Motive für einen Mord können sehr vielfältig sein, sie können ganz unterschiedliche Bewertungen erfahren, etwa ein Mord aus sexualisierten Antrieben, ein Mord um der « Ehre der Familie » willen, oder ein Mord aus angeblich religiösen Geboten heraus, ein Tyrannenmord, oder einer aus gekränktem Stolz von einem abgewiesenen Liebhaber, oder einer aus blosser Geldgier. Zudem kann die Ausführung sehr unterschiedlich sein, etwa bei einem heimtückischen Mord bzw. einem Meuchelmord oder bei einer in besonderer Lust grausam ausgeführten Tötung. Es gibt bei Morden eine unglaubliche Vielfalt der Geschehnisse, von denen jedenfalls gewisse Morde interkulturell sehr strittig beurteilt werden und von denen manche nach zwanzig, dreissig Jahren ganz anders bewertet werden als zum Zeitpunkt der Tat. Schliesslich kann die Abgrenzung von Mord und vorsätzlicher Tötung auch für die Strafbehörden schwierig sein, denn bei dieser ist die Verfolgung zeitlich begrenzt im Gegensatz zu Fällen der Unverjährbarkeit. Diese Vielfalt schafft letztlich Rechtsunsicherheit, doch namentlich in der Strafverfolgung muss die Rechtssicherheit möglichst gewährleistet sein (vgl. BGE 143 IV 49 E. 1.8, 60 ff.). Der EGMR ist auf jeden Fall recht streng in den Anforderungen an die Seriosität der Anschuldigungen und die Strenge des Verfahrens (vgl. EGMR, Buzadji v Republic of Moldova, 23755/07 [GC], 5.7.2015, Ziff. 92-102; Karen Reid, A Practitioner's Guide to the European Convention on Human Rights, Sixth Edition, 2019, para. 15-005).

Würde Mord als unverjährbar erklärt, so kann diese Strafverschärfung im Sinne von Art. 7 Abs. 1 2. Satz EMRK nur für künftige Mordtaten gelten (vgl. EGMR, Vasiliauskas v Lithuania, 35343/05 [GC], 20.10.2015, Ziff. 153-186). Zudem besteht gerade auch bei lebenslangen Strafen das Recht auf eine Überprüfung nach Art. 5 Abs. 4 EMRK (vgl. Karen Reid, A Practitioner's Guide, para. 71-004 und 71-005). Namentlich der Europarat hat verschiedene Empfehlungen an die Bedingungen einer lebenslangen Haft sowie an deren Überprüfung und eine mögliche bedingte Entlassung formuliert (vgl. Näheres EGMR, Murray v The Netherlands, 10511/10 [GC], 26.4.2016, Ziff. 57-76), und das Komitee gegen die Folter des Europarats überprüft periodisch die Behandlung Inhaftierter und Strafgefangener in der Schweiz, einschliesslich der zu einer lebenslangen Strafe verurteilten Personen (vgl. z.B. CPT/report inf [2016]18).

So schrecklich ein Mord für die Angehörigen der Opfer sein kann und so bedeutsam dessen Strafverfolgung aus generalpräventiver Sicht ist, so kann ein Mord doch schwerlich den in staatlicher und gesellschaftlicher Sicht besonders schwerwiegenden Delikten zugerechnet werden, die in Art. 101 StGB und Art. 59 MStG verankert sind. Angesichts der Komplexität und Vielfalt des Straftatbestands, den insbesondere nach langer Zeit hohen Anforderungen an dessen Verfolgung, sowie eingedenk der rechtspolitischen Probleme einer lebenslangen Verurteilung sollte von der Unverjährbarkeit von Mord abgesehen werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung dieser Überlegungen.

Namens des Vorstandes

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Susanne Leuzinger', written in a cursive style.

Dr. Susanne Leuzinger
Präsidentin ICJ-CH



Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren
Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police
Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia

Kommission für Rechtsfragen
des Ständerats
z. Hd. Herrn Ständerat Daniel Jositsch,
Präsident RK-S
3003 Bern

Per E-Mail:
info.strafrecht@bj.admin.ch
rk.caj@parl.admin.ch

Bern, 11.03.2024/bfb

Vernehmlassungsantwort zur Umsetzung der pa. Iv. 19.300 "Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher"

Sehr geehrter Herr Präsident der Kommission für Rechtsfragen des Ständerats
Sehr geehrte Damen und Herren Ständeräte
Sehr geehrte Damen und Herren

Die KKJPD ist zur titelvermerkten parlamentarischen Initiative zur Vernehmlassung eingeladen worden. Dafür bedanken wir uns herzlich.

Bis vor geraumer Zeit war die Unverjährbarkeit dem schweizerischen Strafrecht fremd. Der Hauptgrund für die Verjährung liegt in der Natur des Strafrechtes: Auch die härteste Strafe kann geschehenes Unrecht nicht ungeschehen machen. Sie stellt höchstens einen Ausgleich zu schuldhaftem Verhalten der Täter-in dar. Mit der Verjährung bringt der Gesetzgeber zum Ausdruck, dass dieses gesellschaftliche Bedürfnis nach staatlichem Ausgleich und Strafe mit der Zeit nachlässt.

Dazu kommen auch praktische Gründe, die für die Verjährung sprechen: Mit zunehmender Dauer lässt sich ein Sachverhalt kaum mehr rekonstruieren. Das erschwert ein Strafverfahren nach rechtsstaatlichen Grundsätzen, wonach nur die unzweifelhaft nachgewiesene Schuld des Angeklagten zur Verurteilung führen darf.

Zudem stellen sich im Falle von unverjährbaren Delikten in Kombination mit verjährbaren Straftaten komplexe Fragen der Konkurrenz.

Es waren die Entwicklungen im internationalen Recht, die dazu führten, dass Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und bestimmte terroristische Verbrechen unverjährbar wurden. Dazu gesellten sich aufgrund der Annahme einer Volksinitiative verschiedene Straftaten hinzu, die an Kindern unter 12 Jahren begangen werden.

Die Einführung der Unverjährbarkeit bestimmter Straftaten an Kindern unter 12 Jahren führt jedoch zu einer Unausgewogenheit des Systems. Denn gemäss den völkerrechtlichen Bestimmungen richten sich Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen immer gegen Straftaten, die gegen eine grosse Anzahl von Opfern begangen werden. Dies ist bei den unverjährbaren Straftaten gegen Kinder unter 12 Jahren jedoch eben gerade nicht der Fall, sondern einzelne Opfer stehen im Fokus der Strafuntersuchungen. Darüber hinaus führt diese Ausgangslage zu schwerwiegenden, ja geradezu unverständlichen Widersprüchen, da ein an einem Kinde unter 12 Jahren begangenes Sexualdelikt unverjährbar ist, während die Tötung desselben Kindes verjährt.

Obwohl die Unverjährbarkeit für Mord gemäss Art. 112 StGB auf den ersten Blick nicht unvernünftig erscheint, lehnt die KKJPD die vorliegende Änderung ab. Sie ist der Ansicht, dass nicht immer neue Tatbestände der Unverjährbarkeit unterstellt werden sollen. Die Argumentation, die ursprünglich der

Einführung der strafrechtlichen Verjährung zugrunde lag, hat nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Insbesondere ist es verfehlt anzunehmen, dass es möglich sein soll, Straftaten, die vor Jahrzehnten begangen wurden, unter rechtsstaatlich einwandfreien Voraussetzungen zu untersuchen. Je mehr Zeit vergangen ist, desto unzuverlässiger werden die Zeugenaussagen, desto weniger Beweise können erhoben werden und desto grösser ist die Gefahr von Fehlern.

Was den Mord anbelangt, so gibt es keine Hinweise, dass viele Straftäter aufgrund der Verjährung jeglicher Strafe entgangen wären. Die Frist von 30 Jahren scheint ausreichend zu sein, damit die Justiz ihre Arbeit erledigen kann. Sollte man jedoch anderer Meinung sein, dann müsste eine längere Verjährungsfrist in Betracht gezogen und nicht der Mord im Gesetz als unverjährbar erklärt werden.

Abgesehen davon gibt es heute im Bereich der Tötungsdelikte jedoch zwei Schwierigkeiten, die der Vorentwurf in keiner Weise löst:

Einerseits die Unterscheidung zwischen der vorsätzlichen Tötung nach Art. 111 StGB, die nach 15 Jahre verjährt und dem Mord, nach Art. 112 StGB, der nach 30 Jahren verjährt. Obwohl es sich in beiden Fällen um eine vorsätzliche Tötung handelt, ist die Verjährungsfrist für Mord doppelt so lang, wie für eine einfache vorsätzliche Tötung. Nur die juristische Qualifizierung einer vorsätzlichen Tötung als besonders skrupellos macht diesen grossen Unterschied aus.

Kann der Täter eines Tötungsdelikts erst spät identifiziert und nicht innerhalb von 15 Jahren nach der Tat vor Gericht gestellt werden, entscheidet letztlich die gerichtliche Qualifizierung der Tat darüber, ob das Verfahren wegen Verjährung eingestellt wird, oder aber ein Urteil und gegebenenfalls eine mehrjährige, bis hin eine lebenslange Freiheitsstrafe ausgefällt werden kann.

Andererseits ist es nicht befriedigend, dass eine vorsätzliche Tötung nach Art. 111 StGB nach 15 Jahren verjährt. Diese Frist ist heute als viel zu kurz zu bezeichnen, wenn man die technischen Entwicklungen der letzten Jahre bei den Beweismitteln, insbesondere bei der DNA-Analyse, betrachtet.

Wenn die Verfasser der parlamentarischen Initiative es als schockierend empfinden, dass ein Mörder nach Art. 112 StGB 30 Jahre nach seiner Tat jeder Strafe entgeht, was ist dann von einem Täter zu halten, der eine vorsätzliche Tötung nach Art. 111 StGB begangen hat und dafür bereits nach 15 Jahren nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden kann. Für diese Straftat und für alle anderen besonders schweren Straftaten des Strafgesetzbuches wie Vergewaltigung ist die derzeit geltende Verfolgungsverjährungsfrist von 15 Jahren für Verbrechen gemäss Art. 97 Abs. 1 Bst. b StGB zu kurz.

Zusammenfassend spricht sich die KKJPD gegen die Einführung der Unverjährbarkeit von Mord gemäss Art. 112 StGB aus. Sie regt stattdessen eine Überprüfung der Fristen der Verfolgungsverjährung für alle schweren Straftaten an, d.h. für Verbrechen. Die heute gültige Frist von 15 Jahren erscheint, wie aufgezeigt werden konnte, gerade im Falle der Tötungsdelikte, mit Ausnahme des Mords, oder bei Vergewaltigungen nicht mehr als angemessen. Insbesondere erscheinen die sehr unterschiedlichen Verjährungsfristen für Mord und vorsätzliche Tötung als nicht mehr gerechtfertigt.

Abschliessend danken wir Ihnen bestens für die Aufmerksamkeit, die Sie diesen Ausführungen entgegenbringen, und für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Karin Kayser-Frutschi
Co-Präsidentin

Alain Ribaux
Co-Präsident

Kopie z.K. an:

- ▶ Mitglieder der KKJPD
- ▶ Mitglieder und Sekretariat der SRK KKJPD
- ▶ GS KKPKS
- ▶ GS SSK



KKPKS
CCPCS

Konferenz der kantonalen Polizeikommandantinnen und -kommandanten
Conférence des commandantes et des commandants des polices cantonales
Conferenza delle e dei comandanti delle polizie cantonali

Der Präsident

Ständerat

Kommission für Rechtsfragen

Per E-Mail an:

info.strafrecht@bj.admin.ch

Bern, 11. Januar 2024

Stellungnahme der KKPKS zum Vorentwurf zum Bundesgesetz über die Unverjährbarkeit von Mord

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Konferenz der kantonalen Polizeikommandantinnen und -kommandanten der Schweiz (KKPKS) bedankt sich für die Möglichkeit, zu oben genannter Vernehmlassung Stellung nehmen zu können.

Nach Durchsicht der Vernehmlassungsunterlagen hat die KKPKS entschieden, auf eine Stellungnahme zu verzichten.

Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Der Präsident

Mark Burkhard, Kdt Polizei Basel-Landschaft

Ständerat
Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern

Bern, 22. Februar 2024

Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher / Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme in Sachen Umsetzung der Standesinitiative des Kantons St.Gallen betreffs «Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher».

Die beiden Strafvollzugskonkordate Nordwest- u. Innerschweiz sowie Ostschweiz verzichten auf eine Stellungnahme respektive schliessen sich der Stellungnahme der KKJPD an.

Wir danke Ihnen für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse



Stefan Weiss
Konkordatssekretär



Strafgesetzbuch SR 311.0
Militärstrafgesetz SR 321.0

©Stellungnahme zur Änderung des StGB und des MStG zur Unverjährbarkeit von Mord

Formulierungen von geschlechtsspezifischem Charakter gelten für sämtliche Geschlechtsidentifikationen.

Schweizerische Vereinigung gegen Erbschleicherei

Association suisse contre la captation d'héritage

Associazione svizzera contro la caccia all'eredità

Swiss Association against Inheritance Fraud

Rötelstrasse 43, 8037 Zürich, UID CHE-376.761.512

IBAN CH84 0076 8300 1690 4850 2

Tel. 077 430 1293, www.erbschleicherei.org

Zürich, den 26. Februar 2024

Bundesamt für Justiz

Bundesrain 20

3005 Bern

info.strafrecht@bj.admin.ch

Stellungnahme der Schweizerischen Vereinigung gegen Erbschleicherei

in Sachen

Unverjährbarkeit von Schwerstverbrechen

(Vernehmlassung 2024/5)

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizerische Vereinigung gegen Erbschleicherei (SVgE) schliesst sich vollumfänglich der Standesinitiative 19.300 vom 07. Januar 2019 an, in welcher der „Kantonsrat die Bundesversammlung einlädt, das Schweizerische Strafgesetzbuch dahingehend zu ändern, dass die Verjährungsfrist für lebenslange Strafen von 30 Jahren auf unverjährbar angehoben wird.“

Begründung: Die SVgE analysiert Phänomene rund um Erbschleicherei. Dabei erkennt sie Indikatoren, welche die Verhaltensweisen rund um Erbschleicherei Akten von **Schwerstkriminalität im forensischen Verständnis** zuordnen lassen. Betroffene äusserten sich dahingehend, dass ihnen noch nach Jahren das ungute Gefühl einer unnatürlichen Todesursache ihres Verwandten bestehen bleibt.

Welchen Gewebeproben den Verstorbenen routinemässig zu entnehmen und andere Beweismittel zu sichern sind, wird sich weisen. Es sind nicht nur die Möglichkeiten der Obduktion, welche dank der Wissenschaft zunehmen, sondern auch die Untersuchungskosten derselben, welche mit der Zeit abnehmen. Langfristig betrachtet, **rechtfertigt** dies eine entsprechende Gesetzesänderung aus **ökonomischem Standpunkt ebenfalls**. Aus unserem Fokus wünschen wir eine routinemässige Standarduntersuchung an jedem Verstorbenen, um ebenfalls Morde aufzudecken, welche mit politischen Kräften zu vertuschen versucht werden; oder aus Reihen von purer Dummheit nicht erkannt werden. Die vorliegende Gesetzesänderung ebnet den Weg in diese Stossrichtung. Ebenfalls ebnet sie den Weg, die Unverjährbarkeit von Mord auszuweiten auf weitere Delikte der Schwerstkriminalität.

Die SVgE bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Wir freuten uns über Ihre Berücksichtigung unserer Gedanken und Kriterien im Gesetz sowie in deren Anwendung in der Praxis. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit aus dem Fokus unseres Fachgebiets.

Freundliche Grüsse

Schweizerische Vereinigung gegen Erbschleicherei

Die Sekretärin: lic.iur. Martina Weber, c/o Staatsanwaltschaft des Kantons Zug, An der Aa 4, Postfach, 6301 Zug
Tel.-Nr. 041 728 46 00 - E-Mail: martina.weber@zg.ch; Internet: www.skg-ssdp.ch

Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern

Per E-Mail:
info.strafrecht@bj.admin.ch

Minusio und Zug, 9. April 2024

***Vernehmlassung der RK-S zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative 19.300
"Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher"***

Sehr geehrter Herr Präsident der Kommission für Rechtsfragen des Ständerats
Sehr geehrte Damen und Herren Ständeräte
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 9. Januar 2024 in obgenannter Angelegenheit und danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Die SKG spricht sich gegen die Einführung der Unverjährbarkeit für den Tatbestand des Mordes aus. Die Überlegungen, die für die strafjährige Verjährung sprechen, haben auch hier Geltung: Es ist grundsätzlich davon auszugehen, dass das Strafbedürfnis mit der Zeit abnimmt, auch wenn durchaus anerkannt wird, dass die Verjährung bei Mord in der Öffentlichkeit auch nach 30 Jahren auf wenig Akzeptanz stossen dürfte. Eine realistische Betrachtung scheint aber auch hier angebracht: Die zuverlässige Aufklärung einer Tat wird mit dem Zeitablauf weniger wahrscheinlich und es stellen sich zunehmend Beweisprobleme.

Die für Mord vorgesehene Verjährungsfrist von 30 Jahren ist im Vergleich zu anderen Tatbeständen bereits lange bemessen und in der Regel auch ausreichend, um die Täterschaft zu ermitteln und ein Strafverfahren durchzuführen. Dringlicher erscheint es, die Verjährungsfristen von 15 Jahren gemäss Art. 97 Abs. 1 Bst. b StGB anzupassen. Es ist wenig einleuchtend, dass die Verjährungsfrist von Mord, ein qualifizierter Fall einer vorsätzlichen Tötung, der zusätzlich Skrupellosigkeit verlangt, im Vergleich zur vorsätzlichen Tötung doppelt so lange ist. Für die vorsätzliche Tötung und weitere schwere Straftaten, wie zum Beispiel Vergewaltigung, Schändung, Menschenhandel oder Geiselnahme, ist die Verfolgungsverjährungsfrist von 15 Jahren nach Art. 97 Abs. 1 Bst. b StGB zu kurz bemessen. Anstatt die isolierte Verlängerung der Verjährungsfrist für den Tatbestand des Mordes

befürwortet die SKG die Überprüfung der Verjährungsfrist nach Art. 97 Abs. 1 Bst. b StGB für schwere Delikte und die Einführung einer längeren Frist.

Vielen Dank für die Kenntnisnahme und die wohlwollende Prüfung unserer Vernehmlassung.

SCHWEIZERISCHE
KRIMINALISTISCHE GESELLSCHAFT

Der Präsident:

Die Sekretärin:

sig. Giuseppe Muschietti

sig. Martina Weber

Bern, 21. März 2024

Kommission für Rechtsfragen des Ständerats

info.strafrecht@bj.admin.ch



Vernehmlassung zur Umsetzung der Standesinitiative 19.300 s Kt. Iv. SG. Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Die SP Schweiz lehnt eine Ausweitung der Unverjährbarkeit von Straftaten und somit auch die vorliegende Umsetzung der Standesinitiative 19.300 gänzlich ab. Dies insbesondere deshalb, da das Prinzip der Verjährung im Strafrecht zentral ist für die Wiederherstellung des Rechtsfriedens und als wichtiger Teil unseres Rechtssystems gilt. Zudem wird die strafrechtliche Beweisführung mit der Zeit immer schwierig. Das erhöht das Risiko eines Justizirrtums oder auch das Risiko eines Mangels an Beweisen. Weiter kann nicht aussenvorgelassen werden, dass Strafuntersuchungen für Taten, welche bereits mehr als 30 Jahre zurückliegen, mehrere Personen betreffen. Solche Untersuchungen können gerade bei schweren Verbrechen eine psychische Belastung für die Betroffenen darstellen.

Wir bitten Sie somit um Kenntnisnahme unserer Stellungnahme.

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

Handwritten signature of Mattea Meyer in blue ink.

Mattea Meyer
Co-Präsidentin

Handwritten signature of Cédric Wermuth in blue ink.

Cédric Wermuth
Co-Präsident

Handwritten signature of Jessica Gauch in blue ink.

Jessica Gauch
Politische Fachreferentin

Gasser Annemarie BJ

Von: Gasser Annemarie BJ
Gesendet: Dienstag, 30. April 2024 07:44
An: Gasser Annemarie BJ
Betreff: Vernehmlassung der RK-S zur Umsetzung der pa. Iv. 19.300 "Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher"

Von: Institut Suisse de Police <ISP@ne.ch>
Gesendet: Dienstag, 19. März 2024 11:01
An: Bürgy Nadia PARL INT <nadia.buergy@parl.admin.ch>
Betreff: RE: Vernehmlassung der RK-S zur Umsetzung der pa. Iv. 19.300 "Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher"

Madame,

Nous nous référons à votre courriel du 9 janvier 2024 adressé à l'Institut Suisse de Police (ISP) concernant la procédure de consultation de la CAJ-E relative à la mise en œuvre de l'initiative parlementaire « Pas de prescription pour les crimes les plus graves ».

Malgré l'importance de ce sujet soumis à consultation, nous tenons à préciser que l'Institut Suisse de Police (ISP) ne perçoit pas d'intérêt à participer aux procédures de consultations relatives à l'initiative parlementaire mentionnée.

En effet, l'ISP ne serait pas directement impliqué dans le contexte de cette consultation et, par conséquent, ne serait pas en mesure de fournir des contributions pertinentes à ce sujet.

Nous vous prions d'agréer, Madame, l'expression de notre considération distinguée.

Bernadette Gurtner | Assistante de direction

Institut Suisse de Police

Avenue du Vignoble 3 | 2000 Neuchâtel
Phone: +41 32 723 81 26
E-Mail: <mailto:bernadette.gurtner@ne.ch>
URL: <<http://www.institut-police.ch>>

Envie de formation? [Offre des cours ISP](#) Envie d'un manuel? [E-Shop](#)

An die
Kommission für Rechtsfragen des
Ständerats

Per E-Mail:
info.strafrecht@bj.admin.ch

Bern, 8. März 2023

Vernehmlassung zur Umsetzung der Standesinitiative SG 19.300 «Keine Verjährung für Schwerstverbrecher»

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 9. Januar 2024 haben Sie unsere Konferenz eingeladen, zur Umsetzung obgenannter Standesinitiative Stellung zu nehmen. Dafür danken wir Ihnen herzlich.

Bis vor geraumer Zeit war die Unverjährbarkeit dem schweizerischen Strafrecht fremd. Der Hauptgrund für die Verjährung liegt in der Natur des Strafrechtes: Auch die härteste Strafe kann geschehenes Unrecht nicht ungeschehen machen. Sie stellt höchstens einen Ausgleich zu schuldhaftem Verhalten der Täterin oder des Täters dar. Mit der Verjährung bringt der Gesetzgeber zum Ausdruck, dass dieses gesellschaftliche Bedürfnis nach staatlichem Ausgleich und Strafe mit der Zeit nachlässt.

Erst durch Entwicklungen im internationalen Recht wurde die Unverjährbarkeit für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und bestimmte terroristische Verbrechen eingeführt, also für besonders schwere Straftaten, die in der Regel gegen eine Vielzahl von Personen begangen werden und einen terroristischen oder kriegerischen Hintergrund haben (vgl. Art. 101 Abs. 1 Bst. a – d StGB). Bei der Unverjährbarkeit solcher Straftaten steht das Bedürfnis nach Aufarbeitung der Vergangenheit im Vordergrund.

Mit der Einführung der Unverjährbarkeit bestimmter Straftaten, die an Kindern unter 12 Jahren begangen werden, wurde dieser Grundsatz durchbrochen und das System der Verjährung aufgeweicht. Die heutige Situation führt daher zu bedeutenden Widersprüchen, da beispielsweise ein an einem Kind unter 12 Jahren begangenes Sexualdelikt unverjährbar ist, während die Tötung desselben Kindes verjährt.

Obwohl die Unverjährbarkeit für Mord gemäss Art. 112 StGB auf den ersten Blick sinnvoll erscheint, lehnt die SSK die vorgeschlagene Änderung ab.

Zur Unverjährbarkeit von Straftaten ist grundsätzlich anzumerken, dass mit zunehmendem Zeitablauf das Bedürfnis nach staatlichem Ausgleich für das geschehene Unrecht abnimmt und sich die Voraussetzungen zunehmend verschlechtern, unter denen zuverlässige Untersuchungsergebnisse rechtsstaatlich einwandfrei erbracht werden können. Das gilt insbesondere in Bezug auf Zeugenaussagen, da deren Verlässlichkeit durch Zeitablauf erheblich leidet¹.

Die Einführung der Unverjährbarkeit für Mord wird hauptsächlich mit der Entwicklung im forensischen Bereich, namentlich der DNA-Analyse, begründet. Beim Straftatbestand des Mordes kommt indessen hinzu, dass es sich um einen qualifizierten Tatbestand handelt, welcher auf innere Beweggründe zurückgeht, die auch durch neue Technologien kaum beweisbar sind. Es ist deshalb davon auszugehen, dass nach 30 Jahren wieder aufgenommene Strafverfahren in einem Freispruch wegen Verjährung münden, nur weil das Tatbestandselement der «Skrupellosigkeit» nicht nachgewiesen werden kann. Auch die Problematik bezüglich Zeugenaussagen spielt in die Spurenauswertung durch DNA-Abgleich hinein: Allfällige Treffer bedürfen immer der Verortung im Tatgeschehen. Dabei ist stets auch die Frage zu beantworten, wie die DNA einer Person auf die am Tatort sichergestellte Spur gelangt ist. Dies ist je nach Konstellation oder bei Fehlen weiterer objektiver Beweismittel durch die Einvernahme von Personen abzuklären. Je mehr Zeit vergangen ist, desto unzuverlässiger werden jedoch die Zeugenaussagen. Mit anderen Worten steigt auch hier mit zunehmendem Zeitablauf das Risiko von Aussagen ohne Beweiswert oder gar Falschaussagen und damit auch das Risiko von Fehlurteilen, weshalb wie einleitend festgehalten gegen die Unverjährbarkeit von Straftaten erhebliche rechtsstaatliche Bedenken bestehen.

Demgegenüber wurde in der parlamentarischen Diskussion für die Unverjährbarkeit von Mord geltend gemacht, dass die Zeit immer auf der Seite der Opfer stehen müsse. Gelingt es jedoch den Strafverfolgungsbehörden Jahrzehnte nach der Tat eine beschuldigte Person zu ermitteln, das urteilende Gericht qualifiziert indessen die angeklagte Tötung nicht als Mord, sondern «lediglich» als vorsätzliche Tötung, wird die beschuldigte Person wie bereits oben erwähnt vom Vorwurf des Mordes freigesprochen. Sofern eventualiter angeklagt, muss das Gericht das Verfahren wegen vorsätzlicher Tötung einstellen. Letztlich entscheidet mit anderen Worten stets die richterliche Qualifikation darüber, ob das Verfahren wegen Verjährung einzustellen ist, oder aber ein Urteil und gegebenenfalls eine mehrjährige, bis hin zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe wegen Mordes ausgefällt werden kann.

Was den Mord betrifft, so gibt es keine belastbaren Hinweise darauf, dass viele StraftäterInnen aufgrund der Verjährung nicht mehr belangt werden konnten. Die Frist von 30 Jahren ist aus Sicht der Praxis ausreichend, damit die Justiz ihrem Auftrag nachkommen kann. Sollte der Gesetzgeber anderer Auffassung sein, dann müsste man unter Berücksichtigung der eingangs geschilderten rechtsstaatlichen Bedenken für Mord

¹ Ludewig Revital/Baumer Sonja/Tavor Daphna (Hrsg) - Aussagepsychologie für die Rechtspraxis - Zwischen Wahrheit und Lüge, Dike Verlag Zürich/St. Gallen

SSK | CMP

Schweizerische Staatsanwaltschaftskonferenz SSK
Conférence suisse des Ministères publics CMP
Conferenza svizzera dei Ministeri pubblici CMP

nicht auf die Unverjährbarkeit setzen, sondern eine längere Verjährungsfrist im Gesetz verankern.

Bezüglich der Verjährungsproblematik sollte sich der Fokus aus Sicht der SSK denn auch auf Folgendes richten:

Gewiss entgeht ein Mörder nach geltendem Recht 30 Jahre nach seiner Tat jeglicher Strafe. Wer eine vorsätzliche Tötung nach Art. 111 StGB begangen hat, kann jedoch bereits nach 15 Jahren nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden. Obwohl es sich in beiden Fällen um eine vorsätzliche Tötung handelt, ist die Verjährungsfrist für Mord doppelt so lang, wie für eine einfache vorsätzliche Tötung. Letztere unterscheidet sich vom Mord jedoch einzig durch die fehlende Skrupellosigkeit bei der Tatbegehung.

Für vorsätzliche Tötung und für alle anderen besonders schweren Straftaten des Strafgesetzbuches wie Vergewaltigung ist aus Sicht der SSK die derzeit geltende Verfolgungsverjährungsfrist von 15 Jahren für Verbrechen gemäss Art. 97 Abs. 1 Bst. b StGB zu kurz.

Statt die Unverjährbarkeit für Mord einzuführen, regen wir an, die Fristen der Verfolgungsverjährung für alle schweren Straftaten, d.h. für Verbrechen, grundsätzlich zu überprüfen. Insbesondere sind die sehr unterschiedlichen Verjährungsfristen für Mord (30 Jahre) und vorsätzliche Tötung (15 Jahre) nicht gerechtfertigt.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir bestens.

Mit freundlichen Grüssen



Michel-André Fels, Präsident

Kopie geht an:

Mitglieder SSK-CMP
Generalsekretariat KKJPD
Generalsekretariat KKPKS

Generalsekretariat SSK
Secrétariat général CMP
Segretariato generale CMP

Speichergasse 6, 3001 Bern
+41 (0)31 301 01 50
info@ssk-cmp.ch



Schweizerische Vereinigung für Jugendstrafrechtspflege

Société suisse de droit pénal des mineurs

Società svizzera di diritto penale minorile

Kommission für Rechtsfragen
z.Hd. Herrn Ständerat D. Jositsch, Präsident-RK-S
CH 3003 Bern

Per E-Mail:
rk.caj@parl.admin.ch
info.strafrecht@bj.admin

Thun, 04. April 2024

Stellungnahme zur Umsetzung Standesinitiative 19.300 Kt. St. Gallen „Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher“

Sehr geehrter Herr Präsident der Kommission für Rechtsfragen des Ständerats
Sehr geehrte Damen und Herren Ständeräte
Sehr geehrte Damen und Herren

Namens der Schweizerischen Vereinigung für Jugendstrafrechtspflege SVJ bedanke ich mich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur Vorlage 19.300 s Kt. Iv. St. Gallen „Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher“.

Die Schweizerische Vereinigung für Jugendstrafrechtspflege kann sich den Einschätzungen und Ausführungen der RK-S bezüglich Ausschluss der Unverjährbarkeit bei Mord für jugendliche Delinquenten voll und ganz anschliessen. Die Ziele und Grundprinzipien des Jugendstrafrechts können nicht ohne weiteres auf Erwachsene übertragen werden, die als Jugendliche eine Straftat begangen haben, zumal sämtliche Sanktionen und Massnahmen mit Vollendung des 25. Altersjahres von Gesetzes wegen aufzuheben sind. Eine Unverjährbarkeit im Jugendstrafrecht würde zu fragwürdigen und nicht vollstreckbaren Urteilen führen, was weder den Interessen der Geschädigten noch denjenigen unseres Rechtsstaates gerecht würde.

Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

**Schweizerische Vereinigung für
Jugendstrafrechtspflege**

Danielle Kipfer, Stv. Präsidentin SVJ

RA, lic. iur. Danielle Kipfer, Stv. Präsidentin SVJ
Jugendanzwaltschaft Oberland, Kanton Bern
Schlossberg 20
3600 Thun



Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern

Elektronisch an:
info.strafrecht@bj.admin.ch

Bern, 10. April 2024

Kt. Iv. SG. Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher

Antwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrte Damen und Herren

Nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung zeichnet sich der Mord durch eine aussergewöhnlich krasse Missachtung fremden Lebens bei der Durchsetzung eigener Absichten aus. Das Gesetz strebe an, den skrupellosen, gemütskalten, krass und primitiv egoistischen Täter zu erfassen, der ohne soziale Regungen sei und sich daher zur Verfolgung seiner eigenen Interessen rücksichtslos über das Leben anderer Menschen hinwegsetze (statt vieler BGE 115 IV 8).

Mit der beantragten Neuregelung soll Mord im Strafgesetzbuch und Militärstrafgesetz in den Katalog der unverjähren Straftaten aufgenommen werden, hingegen verzichtet die Vorlage darauf, die Unverjährbarkeit von Mord im Jugendstrafgesetz vorzusehen.

Die SVP unterstützt im Grundsatz die beantragte Neuregelung – diese geht jedoch zu wenig weit. Bei Mord haben sich die Interessen der Opfer-Angehörigen auf Aufklärung und Bestrafung ebenfalls im Jugendstrafrecht niederzuschlagen. Ein Verzicht aufgrund im Jugendstrafrecht vorherrschenden, rechtsdogmatischen Gründen ist mit Blick auf das vorgenannte, gewichtige Interesse unhaltbar.

Die technologischen Fortschritte, wie bspw. die DNA-Analyse, ermöglichen nun auch nach Jahrzehnten die Aufklärung von Delikten. Diese Fortschritte ermöglichen somit auch mit zunehmendem Zeitablauf eine Beweisführung, was die vorliegende Anpassung des Strafrechts aus praktischer Sicht allein genügend zu begründen vermag.

Des Weiteren schliessen sich der Schutz- und Erziehungsgedanke, die im Einzelfall ausgefallten (Jugend-)Strafen bzw. Massnahmen sowie eine Unverjährbarkeit von Mord im Jugendstrafrecht nicht aus. Schwerste Verbrechen müssen auch nach langer Zeit aufgearbeitet werden können. Zu berücksichtigen ist vorliegend auch, dass eine Unverjährbarkeit dem Jugendstrafrecht mit Verweis auf Art. 1 Abs. 2 lit. j JStG (bspw. Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, usw.) alles andere als

fremd ist; nur weil es bezüglich der Unverjährbarkeit bei Mord keine völkerrechtliche Verpflichtung gibt, heisst das nicht, dass ein Strafbedürfnis bei Mord nach langer Zeit dahinschwindet.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär



Marcel Dettling
Nationalrat



Henrique Schneider

Per E-Mail

info.strafrecht@bj.admin.ch

Ständerat
Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern

Neuenburg, 20. März 2024

Keine Verjährungsfristen für Schwerstverbrecher

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung in rubrizierter Angelegenheit. Das zur Diskussion stehende Vorhaben beinhaltet keine Aspekte, welche im Lichte der statutarischen Aufgaben der Schweizerischen Vereinigung der Richterinnen und Richter (SVR-ASM) nach einer besonderen Stellungnahme unsererseits verlangen würden. Entsprechend verzichten wir auf eine Vernehmlassung.

Mit freundlichen Grüssen



Marie-Pierre de Montmollin
Präsidentin SVR-ASM

Faculté de droit
Département de droit pénal
Prof. Dre Joëlle Vuille
Avenue Beauregard 11
1700 Fribourg
T +41 26 300 80 64
joelle.vuille@unifr.ch
www.unifr.ch/ius/vuille

Monsieur Daniel Jositsch
Conseil des États
Commission des affaires juridiques
3003 Berne

Par courriel :
info.strafrecht@bj.admin.ch

Procédure de consultation
19.300 é Iv. ct. SG. Pas de prescription pour les crimes les plus graves

Monsieur le Président de la Commission des affaires juridiques du Conseil des États,

Nous faisons suite à la mise en consultation du projet de loi cité sous rubrique, et vous remercions pour l'opportunité qui nous est donnée de prendre position.

À l'appui de son initiative visant à rendre l'assassinat imprescriptible, le Canton de Saint-Gall souligne « les progrès de la médecine légale au cours des dernières décennies, notamment en matière d'analyse de l'ADN »¹. Il est ainsi sous-entendu que, grâce aux preuves scientifiques, et notamment à l'ADN, il serait possible d'élucider des infractions commises il y a plus de 30 ans, ce qui justifierait de supprimer la prescription pour de tels actes.

D'un point de vue scientifique, cet argument pose plusieurs problèmes, que nous exposons ci-dessous.

¹ Avant-projet de loi fédérale sur l'imprescriptibilité de l'assassinat (Modification du code pénal et du code pénal militaire), Mise en œuvre de l'initiative 19.300 déposée par un canton « Pas de prescription pour les crimes les plus graves », Rapport explicatif de la Commission des affaires juridiques du Conseil des États du 12.10.2023, 4.

1. Il y a un risque d'erreur lorsqu'on attribue une trace à une personne et ce risque n'est pas quantifiable actuellement

Lorsqu'une trace physique (par ex., d'ADN) est trouvée sur une scène de crime, le travail des criminalistes se décompose en plusieurs étapes : collecte sur les lieux, emballage, étiquetage, transport jusqu'au laboratoire, analyse proprement dite, interprétation des résultats, rédaction du rapport, communication au mandant (et cas échéant, déposition devant l'autorité). À l'heure actuelle, il n'existe pas de données empiriques publiées sur la probabilité qu'une erreur soit commise dans l'ensemble de ce processus. Cette problématique n'est pas propre à la Suisse, mais concerne la pratique forensique de façon tout à fait générale, et quels que soient les domaines considérés².

Il existe toutefois, dans certains domaines, des données ponctuelles (parfois anciennes) sur une étape ou l'autre du processus décrit plus haut. Pour reprendre l'exemple de l'ADN, certains laboratoires ont ainsi mené des études empiriques sur le risque de **contamination**³, ou sur **d'autres erreurs** au sein du laboratoire⁴. Ces études suggèrent que les erreurs sont plutôt rares (de l'ordre de grandeur de 1 cas sur 1000 environ).

Toujours dans le domaine de l'ADN, on sait estimer la **probabilité de coïncidence fortuite**, c'est-à-dire le risque que le profil de la trace trouvée sur la scène de crime corresponde *par hasard* au suspect, alors qu'il n'en est pas la source⁵. Pour un profil simple (ne contenant pas de mélange d'ADN) et complet, cette probabilité peut être de l'ordre de 1 sur plusieurs millions ou milliards. Lorsqu'un scientifique rapporte à son mandant un rapport de vraisemblance de 1 milliard, par exemple, cela signifie qu'il est un milliard de fois plus probable d'observer une correspondance entre le profil de la trace et le profil du suspect si le suspect est la source de la trace plutôt que si quelqu'un d'autre, dans la population d'intérêt, est la source de la trace⁶. Ce chiffre est estimé à partir de données répertoriant la fréquence d'apparition de certaines caractéristiques génétiques dans la population.

Dans certaines disciplines, des études empiriques solides ont été menées pour tester les performances des experts lorsqu'il s'agit d'**interpréter les résultats de leurs analyses**⁷. En matière d'ADN, l'interprétation des traces simples de bonne qualité et présentes en quantité suffisante ne semble pas poser de problème particulier ; il en va différemment pour les profils de mélanges de plusieurs ADN, et/ou lorsque la quantité de matériel génétique présente est limitée⁸, cas dans lesquels l'interprétation peut être plus ou moins complexe. Toutefois, à notre connaissance, il n'existe pas de taux de fiabilité

² Les difficultés devant être surmontées pour estimer un taux d'erreur sont considérables : il faut tout d'abord s'entendre sur la notion d'erreur, il faut investiguer les différentes étapes du travail des criminalistes, les études empiriques doivent être très grandes (puisque les probabilités qu'il s'agit de circonscrire sont très petites), on ne peut pas sans autre inférer un taux d'erreur au niveau du domaine tout entier à partir de tests réalisés sur certains experts, la performance des laboratoires et des experts n'est peut-être pas stable dans le temps, il est difficile de recréer les conditions du travail de terrain pour un test, etc. Sur ce sujet, v. Koehler, J. J., Mnookin, J. L., & Saks, M. J. (2023). The scientific reinvention of forensic science. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 120(41), e2301840120.

³ Pour la Suisse, v. Basset, P., & Castella, V. (2018). Lessons from a study of DNA contaminations from police services and forensic laboratories in Switzerland. *Forensic Science International: Genetics*, 33, 147-154.

⁴ Pour les Pays-Bas, v. Kloosterman, A., Sjerps, M., & Quak, A. (2014). Error rates in forensic DNA analysis: Definition, numbers, impact and communication. *Forensic Science International: Genetics*, 12, 77-85.

⁵ Coquoz, R., Comte, J., Hall, D., Hicks, T., & Taroni, F. (2013). *Preuve par l'ADN, La génétique au service de la justice*, 3^{ème} éd., Lausanne, 311 ss.

⁶ Sur la notion de rapport de vraisemblance, v. not. Coquoz, R., Comte, J., Hall, D., Hicks, T., & Taroni, F. (2013). *Preuve par l'ADN, La génétique au service de la justice*, 3^{ème} éd., Lausanne, 317-353.

⁷ C'est-à-dire l'une des dernières étapes du processus, avant la transmission de l'information au mandant ; ces études n'incluent donc pas les taux d'erreur dû par exemple à une contamination ou à un échange d'échantillon.

⁸ V. p. ex. Bright, J. A. *et al.* (2019). STRmix™ collaborative exercise on DNA mixture interpretation. *Forensic science international: Genetics*, 40, 1-8; Thompson, W. C. (2023). Uncertainty in probabilistic genotyping of low template DNA: A case study comparing STRmix™ and TrueAllele™. *Journal of Forensic Sciences*, 68(3), 1049-1063.

publié sur ces questions. Pour sortir du domaine de l'ADN, l'étude de référence dans le domaine de la comparaison d'empreintes digitales fait état d'un taux de faux résultats positifs⁹ de 0.1% et d'un taux de faux résultats négatifs¹⁰ de 7,5%¹¹. Pour la comparaison des traces de semelles, l'étude la plus vaste et la plus récente rapporte des taux de faux résultats positifs compris entre 0.2 et 1.4% et des taux de faux résultats négatifs de 6% et 1,8%¹². Pour la comparaison des projectiles d'armes à feu, une étude récente fait état de taux de faux résultats positifs compris entre 0.6 et 0.9% et des taux de faux résultats négatifs de 2.8% et 1.8%¹³.

Le **taux d'erreur global**, pour tout le processus, de la scène de crime au tribunal, est pour l'heure inconnu. Au vu des chiffres rapportés précédemment, il ne peut pas être de 1 sur plusieurs millions ou milliards, même s'il existe des processus de contrôle et que la personne responsable de la gestion de la trace est très expérimentée. A un niveau fondamental, il faut noter que la valeur probante d'une concordance entre une trace et un suspect est toujours dominée par la probabilité qu'une erreur ait été commise¹⁴ : si le risque d'échanger deux échantillons, par exemple, est de 1 sur 1000, peu importe que le risque de coïncidence fortuite soit de 1 sur 1 milliard, puisque la comparaison ne porte en réalité même pas sur le profil du suspect, mais sur le profil d'un tiers¹⁵.

Ces différentes études indiquent donc des taux d'erreur faibles, mais pas nuls, contrairement à l'image d'inaffabilité dont a bénéficié la science forensique tout au long du XXème siècle¹⁶. Des évaluations systémiques du domaine forensique¹⁷ et un nombre de cas anecdotiques prouvent en outre que des erreurs se produisent de temps en temps et qu'elles mènent parfois à des erreurs judiciaires¹⁸. On pensera notamment au meurtre dit de Meyrargues en France¹⁹, à l'affaire Amanda Knox en Italie²⁰, au meurtre de Schiedam aux Pays-Bas²¹, ou encore à l'affaire Farah Jama en Australie²².

⁹ Soit la probabilité pour un expert de conclure qu'une personne est la source d'une trace digitale alors qu'elle ne l'est pas.

¹⁰ Soit la probabilité pour un expert de conclure qu'une personne n'est pas la source d'une trace digitale alors qu'elle l'est.

¹¹ Ulery, B. T., Hicklin, R. A., Buscaglia, J., & Roberts, M. A. (2011). Accuracy and Reliability of Forensic Latent Fingerprint Decisions. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 108(19), 7733-7738.

¹² Hicklin, R. A., et al. (2022). Accuracy, reproducibility, and repeatability of forensic footwear examiner decisions. *Forensic Science International*, 339, 111418.

¹³ Chumbley, L. S., et al. (2021). Accuracy, repeatability, and reproducibility of firearm comparisons Part 1: Accuracy. *arXiv preprint arXiv:2108.04030*, <https://doi.org/10.48550/arXiv.2108.04030>.

¹⁴ Koehler, J. J. (1996). On conveying the probative value of DNA evidence: Frequencies, likelihood ratios, and error rates. *University of Colorado Law Review*, 67, 859-886; Koehler, J. J. (1993). Error and exaggeration in the presentation of DNA evidence. *Jurimetrics*, 34, 21-39. Pour une démonstration mathématique, voir Thompson, W. C., Taroni, F., & Aitken, C. G. (2003). How the probability of a false positive affects the value of DNA evidence. *Journal of Forensic Sciences*, 48(1), 47-54.

¹⁵ Koehler, J. J., Chia, A., & Lindsey, S. (1995). The random match probability in DNA evidence: irrelevant and prejudicial? *Jurimetrics*, 35, 201-219.

¹⁶ Koehler, J. J., Mnookin, J. L., & Saks, M. J. (2023). The scientific reinvention of forensic science. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 120(41), e2301840120.

¹⁷ President's Council of Advisors on Science and Technology (2016). *Forensic science in criminal courts: ensuring scientific validity of feature-comparison methods*, Washington D.C. ; National Research Council (2009). *Strengthening forensic science in the United States: a path forward*, Washington D.C.

¹⁸ Garrett, B. L., & Neufeld, P. J. (2009). Invalid forensic science testimony and wrongful convictions. *Virginia Law Review*, 95(1), 1-97 ; Saks, M. J., & Koehler, J. (2005). The coming paradigm shift in forensic identification science. *Science*, 309, 892-895 ; Cole, S. A. (2005). More than zero: Accounting for error in latent fingerprint identification. *The Journal of Criminal Law and Criminology*, 95(3), 985-1078.

¹⁹ Reviron, P. (2012). L'ADN: la preuve parfaite? *AJ Pénal*, 2012, 590-591.

²⁰ Corte suprema di cassazione, Cass. pen., sez. V, 27/03/2015 (dep. 7/9/2015), n. 36080, p. 38.

²¹ Posthumus, F. (2005). *Evaluatieonderzoek in de Schiedammer parkmoord, Rapportage in opdracht van het College van procureurs-generaal F. Posthumus*, Openbaar Ministerie, Amsterdam.

²² Vincent, F. H. R. (2010). *Inquiry into the circumstances that led to the conviction of Mr Farah Abdulkadir Jama*. Victoria Department of Justice.

En conclusion, on sait que des erreurs se produisent parfois lorsque l'on essaie d'attribuer une trace à un suspect, mais on manque encore de données empiriques solides pour pouvoir quantifier ce risque. En d'autres termes, on ne peut pas *maîtriser* ce risque car on ne sait pas à quelle fréquence il se réalise.

2. Attribuer une trace à une personne qui en est la source ne dit rien de l'implication de cette dernière dans la commission de l'infraction en question

Même si une personne peut être rapprochée d'une trace (ADN ou autre) trouvée sur une scène de crime et que le risque d'erreur dans ce processus peut être écarté, une telle concordance ne signifie pas que cette personne a eu les activités alléguées, ni même qu'elle a été en ce lieu (avant, pendant ou après la commission de l'infraction). Cette distinction entre source d'une trace et activités ayant mené au dépôt de la trace a été conceptualisée sous le terme de *hiérarchie des propositions*²³. La distinction doit être effectuée pour tout type de trace²⁴, mais la question paraît particulièrement sensible pour l'ADN, à cause du grand potentiel d'identification qu'on lui attribue et de sa capacité à se transférer. C'est la raison pour laquelle nous nous focaliserons sur l'ADN dans les paragraphes qui suivent.

L'ADN peut ainsi être déposé sur une surface par la personne qui en est la source par contact direct (ou par projection directe, si on pense à la salive et au sperme), mais également de façon indirecte²⁵. La recherche suggère par exemple, que :

- l'ADN peut se transmettre de façon indirecte par le biais d'un ou de plusieurs vecteurs (qui peuvent être des objets ou des personnes)²⁶ ;
- on ne peut pas dater une trace ADN, c'est-à-dire savoir quand elle a été déposée²⁷ ;
- l'ADN peut « se déplacer » sur un objet, par le biais de l'emballage dans lequel est placé ce dernier, ce qui impactera l'interprétation que l'on fera de sa position sur l'objet²⁸ ;
- le fait de laver des habits en machine n'élimine pas toujours l'ADN qui y est présent²⁹ ;
- la durée du contact n'influence pas directement la quantité d'ADN détectée³⁰ ;
- des personnes peuvent se transférer de l'ADN sans se toucher directement³¹ ;
- on peut retrouver dans une voiture l'ADN d'une personne qui n'a jamais été présente dans l'habitacle³² ;

²³ Cook, R., Evett, I. W., Jackson, G., Jones, P. J., & Lambert, J. A. (1998). A hierarchy of propositions: Deciding which level to address in casework. *Science & Justice*, 38(4), 231-239 ; Evett, I. W., Jackson, G., & Lambert, J. A. (2000). More on the hierarchy of propositions: Exploring the distinction between explanations and propositions. *Science & Justice*, 40(1), 3-10.

²⁴ Fibres, résidus de tir, fragments de verre, etc.

²⁵ Voir not. Goray, M., & van Oorschot, R. A. (2015). The complexities of DNA transfer during a social setting. *Legal Medicine*, 17(2), 82-91; Cale, C., Earll, M., Latham, K., & Bush, G. (2016). Could secondary DNA transfer falsely place someone at the scene of a crime? *Journal of Forensic Sciences*, 61(1), 196-203.

²⁶ Lehmann, V. J., Mitchell, R. J., Ballantyne, K. N., & van Oorschot, R. A. H. (2013). Following the transfer of DNA: how far can it go?. *Forensic Science International: Genetics Supplement Series*, 4(1), e53-e54.

²⁷ Coquoz, R., Comte, J., Hall, D., Hicks, T., & Taroni, F. (2013). *Preuve par l'ADN, La génétique au service de la justice*, 3^{ème} éd., Lausanne, 184-185.

²⁸ Stella, C. J., Meakin, G. E., & van Oorschot, R. A. (2022). DNA transfer in packaging: Attention required. *Forensic Science International: Genetics Supplement Series*, 8, 303-305.

²⁹ Van Oorschot, R., Szkuta, B., Meakin, G., Kokshoorn, B., & Goray, M. (2019). DNA transfer in forensic science: a review. *Forensic Science International: Genetics*, 38, 140-166 et les nombreuses références citées.

³⁰ Meakin, G. E., Kokshoorn, B., van Oorschot, R. A., & Szkuta, B. (2020). Evaluating forensic DNA evidence: Connecting the dots. *Wiley Interdisciplinary Reviews: Forensic Science*, 3(4), e1404 et les nombreuses références citées.

³¹ Goray, M., & van Oorschot, R. A. (2015). The complexities of DNA transfer during a social setting. *Legal Medicine*, 17(2), 82-91.

³² Pun, K.-M. (2016). *Interprétation des profils génétiques obtenus à partir de traces de contact*, Thèse de doctorat, Lausanne : ESC-UNIL, disponible sur https://serval.unil.ch/resource/serval:BIB_DA835C64B117.P001/REF (dernière consultation le

- l'absence de trace n'est pas une preuve absolue d'absence ; en effet, contrairement au célèbre principe de l'échange de Locard³³, tout contact ne laisse pas de trace (détectable)³⁴.

Trouver une trace ADN attribuée à une personne en un certain lieu ne signifie donc pas forcément que cette personne a été présente en ce lieu, qu'elle a touché un certain objet, etc. Tout dépendra de la position et de l'orientation de la trace, de la quantité de matériel retrouvé, du temps écoulé entre les faits et le moment de la collecte de la trace, et de sa persistance sur son support. À l'inverse, il n'en découle pas que « tout est possible » et que l'on ne peut jamais rien dire de la signification d'une trace ADN dans le contexte d'une affaire donnée. Mais cela signifie qu'on doit évaluer la trace dans un cadre probabiliste, car tout est question de degré. Une évaluation *scientifique* de la trace doit donc être faite au niveau des activités ayant pu mener au dépôt de la trace.

Concrètement, il s'agit de comparer la probabilité d'observer la trace si le suspect a eu l'activité alléguée, et la probabilité d'observer la trace si le suspect n'a pas eu l'activité alléguée. Pour ce faire, le scientifique doit avoir à disposition des données empiriques publiées³⁵, calibrées pour répondre à la question d'intérêt (ou à une question similaire)³⁶, et il doit produire un rapport de vraisemblance pour exprimer la valeur probante de ses observations. Or, de telles données sont encore rares à l'heure actuelle ; leur production nécessite la mise en place d'expérimentations longues et coûteuses, qui ne doivent – si possible – pas être menées dans le cadre de la procédure en question, afin de garantir l'indépendance des scientifiques qui les réalisent et donc la robustesse des résultats.

Autrement dit, dans un cas d'espèce, les scientifiques n'auront pas toujours à leur disposition les données qui leur permettent de donner une interprétation au niveau des activités des traces semblant mettre en cause un suspect.

On lit parfois que la question de l'évaluation des traces au niveau des activités doit être laissée aux autorités pénales car cela relève de leur pouvoir de libre appréciation au sens de l'art. 10 al. 2 CPP³⁷. Cette position est erronée. En effet, si établir un lien entre une personne et la commission d'une infraction est bien une tâche normative qui relève toujours des autorités pénales en dernier lieu, elle doit être conforme à l'état des connaissances scientifiques dans le domaine (sous peine d'être arbitraire). Nous déconseillons dès lors au tribunal d'entreprendre seul l'évaluation d'un tel élément de preuve ; il *doit* recourir à l'aide d'experts. Le *European Network of Forensic Science Institutes* (ENFSI) a d'ailleurs publié, en 2015, des lignes directrices enjoignant ses membres à rendre des conclusions relatives aux hypothèses d'activité en jeu lorsque des connaissances spécialisées sont

12.4.2024); Boyko, T., Szkuta, B., Mitchell, R. J., & van Oorschot, R. A. (2020). Prevalence of DNA from the driver, passengers and others within a car of an exclusive driver. *Forensic science international*, 307, 110139.

³³ Locard, E. (1920). *L'enquête criminelle et les méthodes scientifiques*, Paris.

³⁴ Gill, P. et al. (2020). DNA commission of the International society for forensic genetics: Assessing the value of forensic biological evidence - Guidelines highlighting the importance of propositions. Part II: Evaluation of biological traces considering activity level propositions. *Forensic Science International: Genetics*, 44. Toutefois, l'absence de trace soutient toujours logiquement l'hypothèse selon laquelle la personne était absente plutôt que l'hypothèse selon laquelle elle était présente ; sur ce point, v. Taylor, D. (2016). The evaluation of exclusionary DNA results: A discussion of issues in *R v. Drummond*. *Law, Probability & Risk*, 15(3), 175–197.

³⁵ Des données empiriques non publiées peuvent également être admissibles; v. Gill, P. et al. (2020). DNA commission of the International society for forensic genetics: Assessing the value of forensic biological evidence - Guidelines highlighting the importance of propositions. Part II: Evaluation of biological traces considering activity level propositions. *Forensic Science International: Genetics*, 44. En revanche, nous sommes d'avis que la seule expérience de l'expert (non fondée sur des données expérimentales) n'est pas un substitut adéquat à cet égard, car elle rend le réexamen de ses conclusions (par ex. par la défense ou une cour d'appel) très difficile.

³⁶ European Network of Forensic Science Institutes (2015). Guideline for evaluative reporting in forensic science, 15; document disponible sur http://enfsi.eu/wp-content/uploads/2016/09/m1_guideline.pdf (dernière consultation le 12.4.2024) ; Association of Forensic Science Providers (2009). Standards for the formulation of evaluative forensic science expert opinion. *Science & Justice*, 49(3), 161-164.

³⁷ V. par ex. le Rapport explicatif en vue de l'ouverture de la procédure de consultation/Modification de la loi sur les profils d'ADN, août 2019, p. 11.

nécessaires pour tenir compte de façon appropriée des phénomènes de transfert, de persistance et de bruit de fond³⁸.

3. Il est interdit de renverser la présomption d'innocence lorsqu'une preuve scientifique semble impliquer un suspect dans une affaire donnée

Il découle de la présomption d'innocence qu'il ne revient pas au prévenu de s'expliquer sur la présence de son ADN sur les lieux de commission d'une infraction pénale et que le tribunal ne peut pas le condamner car il a échoué à le faire ; le Tribunal fédéral l'a encore rappelé récemment³⁹.

D'ailleurs, ce sont bien les innocents qui auront le plus de peine à expliquer comment leur ADN est parvenu à l'endroit où il a été détecté, car leur ADN aura éventuellement été déposé à cet endroit à la suite de mécanismes de transfert indirect totalement imprévisibles. L'affaire californienne de Lukis Anderson en témoigne : le jeune homme avait été mis en cause dans le meurtre d'un inconnu après que son ADN avait été prélevé sur les mains de la victime. Après une longue enquête, il s'était avéré que Anderson avait été transporté en ambulance à l'hôpital le soir des faits, et que la même ambulance et les mêmes ambulanciers avaient pris en charge la victime du meurtre quelques heures plus tard. Même si le mécanisme exact du transfert reste inconnu, il semble probable que l'ADN de Anderson ait été déposé sur un oxymètre placé sur son doigt, avant d'être transféré sur le doigt de la victime. Ce n'est que grâce à son hospitalisation au moment du meurtre, qui lui offrait un alibi solide, que Anderson a été blanchi⁴⁰. Or, comment (le conseil de) Lukis Anderson aurait-il pu expliquer la présence de son ADN sur les mains de la victime et rendre crédible la théorie du transfert par l'oxymètre alors que les plus grands spécialistes du pays n'avaient jamais observé un transfert pareil ?

Il revient dès lors aux autorités de (faire) mener les recherches nécessaires pour acquérir des données structurées permettant d'apporter la preuve qu'une personne identifiée comme étant la source d'une trace a également eu les activités qu'on lui reproche. À cet égard, l'art. 139 al. 1 CPP impose aux autorités (et non aux parties) d'assurer que les méthodes mises en œuvre soient fiables, et de démontrer quels sont les risques d'erreur en la matière.

Comme nous l'avons vu, de telles données sont encore rares ; fonder une poursuite pénale sur une preuve par ADN dans ce contexte crée le risque que la preuve soit utilisée même en l'absence de données remplissant les conditions strictes de l'art. 139 al. 1 CPP.

4. La preuve par ADN ne peut pas servir à établir un dessein spécial

Conformément à la hiérarchie des propositions (voir *supra*), la seule preuve ADN ne peut pas prouver les éléments de l'infraction susceptible de qualifier l'acte en assassinat, respectivement en meurtre, soit l'absence particulière de scrupules (art. 112 CP).

³⁸ European Network of Forensic Science Institutes (2015). Guideline for evaluative reporting in forensic science, 11; document disponible sur http://enfsi.eu/wp-content/uploads/2016/09/m1_guideline.pdf (dernière consultation le 12.4.2024).

³⁹ TF, arrêt 6B_47/2018 du 20.9.2018, c. 1.2.1.

⁴⁰ Sur cette affaire, voir not. Cale, C. (2015). Forensic DNA evidence is not infallible. *Nature*, 526, 611 ; The Marshall Project, Framed for Murder by his Own DNA, 4.19.2018, disponible sur <https://www.themarshallproject.org/2018/04/19/framed-for-murder-by-his-own-dna> (dernière consultation le 12.4.2024).

5. Il faut toujours combiner la preuve scientifique avec d'autres éléments de preuve

Aucune condamnation pénale ne devrait reposer *que* sur une preuve scientifique, car les risques d'erreur ou de mauvaise interprétation sont encore largement inconnus et donc non maîtrisables, et que la présence d'une trace attribuable à un suspect ne dit rien (ou pas grand-chose) de la commission de l'infraction en question⁴¹.

Pour dépasser ce problème technique, il est recommandé d'intégrer les résultats issus du travail forensique dans le contexte du cas d'espèce. Pour utiliser des termes techniques, **il s'agit d'adopter une approche bayésienne**, dans laquelle la valeur de la preuve (scientifique, par hypothèse) est combinée avec les autres éléments du cas (probabilité a priori) pour fournir au magistrat (procureur, juge, tribunal) une évaluation de la probabilité a posteriori que l'hypothèse d'intérêt est vraie⁴². En procédant de la sorte, on limite le risque de se tromper.

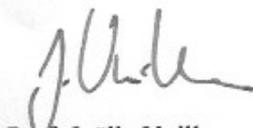
Or, une telle approche nécessite que le dossier pénal contienne d'autres éléments que les preuves scientifiques. Dans des affaires datant d'il y a plusieurs décennies, cela sera parfois le cas, et parfois pas, car les témoins meurent, les calendriers disparaissent et les mémoires s'affaiblissent. Par ailleurs, les éléments matériels n'auront pas toujours été préservés dans des conditions qui garantissent qu'ils n'ont pas été altérés ou contaminés. **L'absence (ou la faiblesse) d'autres éléments au dossier ne peut pas être palliée par une preuve scientifique soi-disant très probante**, pour les raisons que nous avons évoquées plus haut.

6. Conclusion

Pour ces raisons, nous sommes d'avis que les progrès en matière de preuves scientifiques, et notamment d'analyse ADN, ne justifient pas de supprimer la prescription pour l'assassinat et nous nous prononçons donc en défaveur d'une telle suppression.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Président de la Commission des affaires juridiques du Conseil des États, à l'assurance de notre respectueuse considération.

Fribourg, le 12 avril 2024



Prof. Joëlle Vuille



Prof. Bertrand Perrin

⁴¹ Vuille J., Biedermann A. (2019) Une preuve scientifique suffit-elle pour fonder une condamnation pénale ?, *Revue de droit suisse*, 5, 491-511.

⁴² Champod, C., & Taroni, F. (1994). Probabilités au procès pénal - risques et solutions. *Revue pénale suisse*, 112(2), 194-219.



Concerne : Avant-Projet de Loi fédérale sur l'imprescriptibilité de l'assassinat

Madame, Monsieur,

Nous vous adressons ces lignes dans le contexte visé en marge afin de vous communiquer la prise de position de la Faculté de droit de l'Université de Genève.

Nous vous indiquons d'emblée que la Faculté est opposée à l'extension de l'imprescriptibilité à l'assassinat réprimé par l'art 112 CP.

A l'appui de cette position, nous vous exposons brièvement ce qui suit :

1. Généralités

Tout d'abord il convient de rappeler les fondements de l'institution de la prescription pénale. Les fondements de la prescription sont de natures diverses et controversées. On mentionne traditionnellement tantôt le risque de disparition et d'effritement des preuves avec l'écoulement du temps, l'évolution du délinquant avec le temps, l'économie de la procédure et la disparition progressive de l'intérêt public à la poursuite¹. Ces fondements de la prescription trouvent également appui dans l'art. 48 let. e CP qui crée un motif d'atténuation impératif de la peine en évoquant expressément la diminution de l'intérêt public à la punition liée à l'écoulement du temps. Le Tribunal fédéral² a d'ailleurs expressément lié cette circonstance atténuante à la prescription, en indiquant qu'elle était réalisée lorsque les deux tiers du délai ordinaire de la prescription étaient échus. Ainsi, l'art. 48 let. e CP est une transition vers la prescription, la lettre de cette disposition permettant de retenir que la loi postule la disparition de l'intérêt public à la poursuite lorsque la prescription est échue.

La Cour européenne des droits de l'homme a eu l'occasion de préciser que les délais de prescription ont plusieurs finalités importantes, à savoir concrétiser la sécurité juridique garantie par l'art. 6 § 1 CEDH, en fixant un terme aux actions, mettre les défendeurs potentiels à l'abri de plaintes tardives peut-être difficiles à contrer, et empêcher l'injustice qui pourrait se produire si les tribunaux étaient appelés à se prononcer sur des événements survenus loin dans le passé à partir d'éléments de preuve auxquels on ne pourrait plus ajouter foi et qui seraient incomplets en raison du temps écoulé ; la Cour a encore affirmé que les délais de prescription sont un trait commun aux systèmes juridiques des États contractants, notamment en matière d'infractions pénales³.

Historiquement, une exception au principe de la prescription des actions pénales est apparue en raison des craintes de ne plus pouvoir poursuivre les crimes de guerre commis au cours de la deuxième guerre

¹ CR CP I-Roth/Kolly, art. 97 N 5-9 ; BSK StGB-Zubrüg, Vor Art. 97-101 N 40-50 ; ATF 134 IV 297, consid. 4.3.4; ATF 117 IV 233, consid. 5d/aa.

² ATF 132 IV 1 ; cf. également ATF 140 IV 145 consid. 3.1 qui confirme ce principe et ajoute que pour les infractions imprescriptibles, c'est l'art 101 al. 2 CP qui s'applique en tant que *lex specialis*, à l'exclusion de l'art 48 let. e CP.

³ Cour EDH Stubbings et autres c. Royaume-Uni, 22 octobre 1996, § 51, Recueil 1996-IV, également Cour EDH Volkov c/ Ukraine, 9 janvier 2013, (req 21722/11), § 135-140.

mondiale par le régime nazi. De manière schématique, l'imprescriptibilité s'est progressivement imposée comme une exception devant être admise en lien avec les infractions gravissimes commises contre la communauté internationale que sont le génocide, les crimes contre l'humanité et les crimes de guerre⁴. On retrouve ce principe consacré à l'art. 101 al. 1 let. a à d CP (l'al. 3 prévoit les dispositions transitoires relatives à l'application *ratione temporis*), en conformité avec la Convention internationale sur l'imprescriptibilité des crimes de guerre et des crimes contre l'humanité (26 novembre 1968), la Convention européenne sur l'imprescriptibilité des crimes contre l'humanité et des crimes de guerre (25 janvier 1974) et l'article 29 du Statut de Rome de la Cour pénale internationale (17 juillet 1998).

Le droit suisse connaît un cas d'imprescriptibilité additionnel introduit par l'art. 123b Cst. Issu d'une initiative populaire adoptée par le souverain le 30 novembre 2008 qui vise « un acte punissable d'ordre sexuel ou pornographique sur un enfant impubère », la norme est concrétisée à l'art. 101 al. 1 let. e CP.

2. Le (non) sens d'une poursuite pénale plus de 30 ans après les faits

L'assassinat (art. 112 CP), passible d'une peine privative de liberté à vie, se prescrit par 30 ans (art. 97 al. 1 let. a CP). Il s'agit d'ores et déjà d'un délai très long.

Il faut s'interroger sur le sens qu'il peut y avoir à juger et punir un auteur plusieurs décennies après les faits. On opposera au droit des victimes que justice soit rendue le principe cardinal du droit des sanctions qui veut que cette dernière doit conduire à l'amendement du condamné (art. 75 al. 1 CP) : la peine doit « ...améliorer le comportement social du détenu, en particulier son aptitude à vivre sans commettre d'infractions ». Au fil des années, l'auteur peut ne plus être le même au moment d'être jugé. Dans ce cas, la sanction n'a plus de sens. Le rétablissement de la paix sociale par l'écoulement du temps va également dans le sens d'un droit à l'oubli. Les années étant passées, le délinquant a poursuivi son chemin, le cas échéant sans heurt, dans une parfaite intégration sociale, de sorte que l'intérêt public à l'intervention de la justice pénale a finalement disparu.

Certes, on peut y opposer le droit de la victime à ce que justice lui soit rendue. Mais le droit pénal doit rester centré sur l'auteur et l'amélioration de celui-ci. La Cour européenne des droits de l'homme⁵ a d'ailleurs consacré dans le domaine des « peines perpétuelles » sous l'angle de l'art. 3 CEDH, le principe selon lequel une personne doit être libérée lorsqu'il n'existe plus de motif d'ordre pénologique qui justifie le maintien en détention, notamment parce que ces motifs évoluent avec le temps et qu'il se peut que « ...le détenu a tellement évolué et progressé sur le chemin de l'amendement qu'aucun motif légitime d'ordre pénologique ne permet plus de justifier son maintien en détention ». Rapporté *mutatis mutandis* à la question de l'imprescriptibilité, il faut se demander s'il se justifie de punir un auteur alors qu'il a, dans l'intervalle, potentiellement évolué au point que plus rien ne justifierait une punition autant éloignée des faits qui la motivent.

Cette question est éminemment philosophique et politique et peut être discutée. La controverse ayant animé les débats en Commission, telle que retracée dans le Rapport explicatif, illustre le caractère délicat du sujet ici discuté.

⁴ CR CP I-Ziegler/Wehrenberg, art. 101 n. 7-16.

⁵ Cour EDH, Murray c. Pays Bas, 26 avril 2016, (req 10511/10), § 100.

3. Leurre de la preuve scientifique

A la lecture du Rapport explicatif du 12 octobre 2023 (p. 4 ch. 1.1), on comprend que les auteurs de l'initiative fondent leur projet sur « les progrès de la médecine légale au cours des dernières décennies, notamment en matière d'analyse de l'ADN ».

En effet, l'une des *ratio legis* rattachée à l'existence de la prescription consiste en l'érosion des preuves avec le temps. Les preuves objectives s'estompent avec le temps, tout comme les souvenirs des témoins.

Comme le souligne le rapport explicatif qui mentionne les nombreuses voix discordantes, penser que les progrès de la science vont permettre d'élucider de manière fiable de très anciennes infractions, notamment grâce à l'ADN, est un leurre.

Certes, les progrès permettent de retrouver et analyser des traces d'ADN avec des résultats de plus en plus précis et sur des quantités de matériel biologique de plus en plus faibles et/ou dégradées. Toutefois, ces progrès posent ensuite toutes sortes de problèmes d'interprétation qui font que l'ADN, en tant que preuve de l'imputation d'un acte à une personne, constitue un exercice très incertain, dans la mesure où il est souvent impossible de savoir comment une trace a été déposée à l'endroit où elle a été collectée. Cette distinction entre source d'une trace et activités ayant mené au dépôt de la trace fait l'objet d'une abondante littérature sous le terme de hiérarchie des propositions⁶. Il existe de nombreuses recherches qui démontrent la possibilité que de l'ADN soit transféré de façon indirecte, parfois avec plusieurs vecteurs entre la personne qui en est la source et la surface sur laquelle l'ADN est finalement détecté⁷. Trouver une trace ADN attribuée à une personne en un certain lieu ne signifie donc pas forcément que cette personne a été présente en ce lieu, de sorte que le risque existe de lier à la commission d'une infraction une trace qui a été déposée sur les lieux avant ou après les faits, lors d'activités innocentes⁸.

Par ailleurs et de manière générale, l'ADN ne permet souvent pas à lui seul d'imputer un acte à une personne et ne constitue qu'un indice qui doit ensuite être corroboré par des preuves traditionnelles (témoignages, téléphonie, etc...) qui ont disparu et/ou ne sont plus fiables, lorsque des décennies se sont écoulées depuis les faits.

L'imprescriptibilité risque fort de créer de fausses attentes chez les victimes, en permettant la poursuite d'infractions tellement anciennes que le prononcé d'un verdict de culpabilité sera bien souvent impossible, faute de pouvoir administrer des preuves suffisamment convaincantes. Or, il est plus que douteux de penser qu'il serait positif pour une victime de voir ses souvenirs traumatiques se réveiller des décennies plus tard, d'entretenir l'espoir d'une condamnation qui lui rendrait justice pour devoir ensuite essayer les conséquences désastreuses d'un classement ou d'un acquittement, faute de preuves.

⁶ Cook, R., Evett, I. W., Jackson, G., Jones, P. J., & Lambert, J. A. (1998). A hierarchy of propositions: Deciding which level to address in casework. *Science & Justice*, 38(4), 231-239 ; Evett, I. W., Jackson, G., & Lambert, J. A. (2000). More on the hierarchy of propositions: Exploring the distinction between explanations and propositions. *Science & Justice*, 40(1), 3-10.

⁷ Voir not. Van Oorschot, R., Szkuta, B., Meakin, G., Kokshoorn, B., & Goray, M. (2019). DNA transfer in forensic science: a review. *Forensic Science International: Genetics*, 38, 140-166; Cale, C., Earll, M., Latham, K., & Bush, G. (2016). Could secondary DNA transfer falsely place someone at the scene of a crime? *Journal of Forensic Sciences*, 61(1), 196-203 ; Meakin, G., & Jamieson, A. (2013). DNA Transfer: Review and Implications for Casework. *Forensic Science International: Genetics*, 7, 434-443.

⁸ Coquoz, R., Comte, J., Hall, D., Hicks, T., & Taroni, F. (2013). *Preuve par l'ADN, La génétique au service de la justice*, 3^{ème} éd., Lausanne: Presses polytechniques et universitaires romandes, 184-185.

L'imprescriptibilité, dans ce contexte, ressemble donc fort à une fausse bonne idée qui fera plus de mal que de bien à celles et ceux que l'on souhaite protéger, soit les victimes.

4. Une déqualification des crimes contre la Communauté internationale

L'imprescriptibilité s'est imposée progressivement dans les systèmes juridiques occidentaux dans le sillage de la poursuite des crimes les plus graves que sont le génocide, les crimes contre l'humanité et les crimes de guerre.

L'assassinat est certes un crime grave, mais il ne fait aucun doute que les crimes internationaux précités représentent une catégorie d'infractions dont la gravité extrême dépasse largement tous les crimes « ordinaires ». Il s'agit d'une catégorie de crimes à part dans l'horreur qui ne souffre pas d'être comparée avec les crimes « ordinaires », non seulement en raison du nombre considérable de victimes et d'auteurs qu'elle suppose, mais également parce qu'elle touche « l'ensemble de la communauté internationale ». Ces crimes désignent en effet des « atrocités qui défient l'imagination et heurtent profondément la conscience humaine », menaçant ainsi « la paix, la sécurité et le bien-être du monde »⁹. Leur interdiction est considérée comme relevant du *jus cogens* (droit international impératif).

L'imprescriptibilité des infractions à caractère sexuel commises contre les mineurs (art. 101 al. 1 let. e CP) avait fait l'objet de vives critiques dans la doctrine¹⁰. Entre autres défauts, cette ouverture de l'imprescriptibilité vers des infractions « ordinaires » de droit interne a créé une brèche regrettable dans cette échelle des gravités.

Il convient d'éviter autant que possible de poursuivre cette tendance dont résulte une confusion entre des infractions incomparables et un risque d'affaiblissement de la perception de la gravité des crimes internationaux, par leur mise à pied d'égalité avec des crimes, certes graves, mais incomparables aux premiers.

En conclusion, nous désapprouvons le projet de réforme suggéré.

En vous remerciant de l'attention que vous réserverez à la présente, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, nos salutations distinguées.



Prof. Yvan Jeanneret

⁹ Para. 2-4 du Préambule du Statut de Rome de la Cour pénale internationale du 17 juillet 1998, ratifié par la Suisse le 12 octobre 2001 (entrée en vigueur le 1 juillet 2002).

¹⁰ Frischknecht, RPS 2008, 451ss ; CR CP I-Ziegler/Wehrenberg, art. 101 n. 16a ; BSK StGB I-Zurbrugg, Art. 101 N. 8.